



# Abschied

Abschluss der Einkommensrunde

6

Bundeshauptvorstandssitzung

14



Beste Vorteile. Beste Marken. Beste Rabatte.

# Für dbb-Mitglieder und ihre Angehörigen EXKLUSIVE VORTEILE

Dank Club-Mitgliedschaft stehen Ihnen dauerhaft neue und attraktive Angebote zur Verfügung.

Einfach das Registrierformular unter [dbb-vorteilswelt.de/register](https://dbb-vorteilswelt.de/register) ausfüllen und die Club-Mitgliedschaft per E-Mail aktivieren.

## Willkommen im dbb vorteilsClub!

- ✓ Shopping- und Erlebnisangebote in über 350 Markenshops
- ✓ Newsletter: Keine Mitgliedervorteile verpassen
- ✓ dbb autoabo: Eine Rate – alles drin

## SHOPPING- UND ERLEBNISRABATTE

bis zu **18% RABATT**



bis zu **20% RABATT**



bis zu **12% RABATT**



Stand: 28. April 2025, Angebote freibleibend

## Einfach sorgenfrei Auto fahren

**dbb autoabo**  
powered by FINN



z.B. HYUNDAI i10 ab  
**155€<sup>1</sup>**  
pro Monat inkl. MwSt.



**dbb-Mitglieder und Angehörige sparen**  
8% Preisnachlass auf die Monatsrate



**Rundum-Sorglos-Paket**  
Alles inklusive: Versicherung, Steuer und TÜV zum monatlichen Fixpreis.



**Bequeme Lieferung:**  
Direkt an deine Haustür zum Wunschdatum.



**Flexible Laufzeiten**  
Wähle zwischen 6 und 24 Monaten.



## DYNAMISCHER STROMTARIF

**CLUB VORTEIL**  
**29,94€**  
SPAREN

### Ihre Energie, Ihre Kontrolle

Täglich der günstigste Ökostrom: Mit Rabot Energy sparen Sie bis zu 40% Stromkosten. Smarte Steuerung und transparenter Verbrauch über die App. Für alle Haushalte und E-Autos. Kein Smart Meter notwendig und monatlich kündbar.

**Club-Vorteil: 29,94 €**  
(keine Servicegebühr für die ersten 6 Monate)

\* Der angegebene Preis bezieht sich auf eine monatliche Rate von 169€ abzüglich 8% Preisnachlass für das Hyundai i10 Modell mit Anzahlung im dbb autoabo bei einer Laufzeit von 6 Monaten und einer Inklusivleistung von 500 km pro Monat. Zzgl. Lieferkosten in Höhe von 249€. Alle Preise verstehen sich inkl. der gesetzlichen Mehrwertsteuer. Die ausgewiesene monatliche Rate von 155€ ist inklusive des Rabatts für dbb Mitglieder und ihre Angehörigen zu verstehen. Preisänderungen vorbehalten. Stand 28.04.2025



[dbb-vorteilswelt.de/club](https://dbb-vorteilswelt.de/club)



# Editorial

## Liebe Kolleginnen und Kollegen,

tief betroffen nehmen wir Abschied von Waldemar Dombrowski, unserem ehemaligen und langjährigen Bundesvorsitzenden. Er ist am 18. Mai unerwartet nach kurzer schwerer Erkrankung im Alter von 62 Jahren verstorben.

Am 25. Mai fand in seinem Heimatort Bad Hersfeld die Trauerfeier für Waldemar statt. Zahlreiche Kolleginnen und Kollegen, Vertreterinnen und Vertreter der Bundesagentur für Arbeit, aus Wirtschaft und Politik sowie aus dem dbb und der vbba erwiesen ihm die letzte Ehre. In einer bewegenden Ansprache erinnerte der Erste Stellvertretende Bundesvorsitzende der vbba Gerhard Knab an das herausragende Engagement und die großen Verdienste Waldemars, für die die vbba ihm zu großem Dank verpflichtet ist. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Im April 2025 fand die Bundeshauptvorstandssitzung der vbba statt. Durch den Wechsel von Waldemar Dombrowski zum dbb im Herbst letzten Jahres war es erforderlich, einen kommissarischen Bundesvorsitzenden zu finden, der die Geschicke der vbba bis zum nächsten Bundesgewerkschaftstag leitet. Für diese Funktion stellte sich Christian Löschner zur Verfügung. Die Delegierten der Bundeshauptvorstandssitzung wählten ihn mit herausragender Mehrheit in das neue Amt.

Auch Vorschläge für eine zukünftige Neustrukturierung unserer Gewerkschaft standen auf der Agenda der Sitzung. Der Austausch war wie immer geprägt von konstruktiver Zusammenarbeit und dem gemeinsamen Wunsch, die Interessen unserer Mitglieder bestmöglich zu vertreten.

Eine herausfordernde und in diesem Jahr in neuer Dimension abgelaufene Einkommensrunde für unsere Tarifbeschäftigten liegt hinter uns. Trotz länger anhaltender, mitunter ignorant wirkender Blockadehaltung der Arbeitgeber von Bund und Kommunen konnte in Potsdam im Zuge des Schlichtungsverfahrens letztlich ein zufriedenstellender Kompromiss erzielt werden: die Komponente lineare Erhöhung, die soziale Komponente, Arbeitszeitsouveränität und Entlastung finden sich im Abschluss wieder. Und doch gilt: Wir hätten uns einen anderen Verlauf der Verhandlungen und in manchen Punkten auch ein anderes Ergebnis gewünscht.

In großen Teilen konnte das Ergebnis der Einkommensrunde mit Bund und Kommunen auch auf die Kolleginnen und Kollegen in der BA übertragen werden, insbesondere die Verbesserungen bei Entgelt, Arbeitszeitsouveränität und Urlaub.

Unser Dank gilt Allen an den Tarifverhandlungen Beteiligten sowie allen Kolleginnen und Kollegen, die sich in den letzten Monaten zur Durchsetzung der Forderungen bundesweit an Warnstreiks auf den Straßen beteiligt haben.

## Eure vbba Bundesleitung

# Inhalt

<b>Editorial</b> .....	3
<b>Abschied</b>	
Trauer um Waldemar Dombrowski .....	5
<b>vbba Tarif</b>	
Einkommensrunde 2025 .....	6
Die Eckpunkte der Einigung .....	11
Tarifeinigung mit der BA steht fest .....	12
<b>vbba BuHaVo</b>	
Tagung des Bundeshauptvorstands der vbba .....	14
<b>vbba HPR</b>	
März .....	16
April .....	17
Mai .....	19
<b>vbba SGB II</b>	
Alarmierende Haushaltslage in vielen Jobcentern .....	22
<b>vbba Informationen</b>	
Fehlende Entlastung – trotz Digitalisierung .....	22
Psychische Gesundheit .....	23
Nehmen Sie Ihr BEM-Angebot an?! .....	24
Rechnungsprüfung in der neuen Bundesgeschäftsstelle .....	24
<b>vbba Landesgruppen</b>	
SBV Bundesversammlung .....	25
Maifeiertag im Roten Rathaus .....	25
Senioren Berlin-Brandenburg .....	26
<b>vbba Gruppen</b>	
vbba-Gruppe Aschaffenburg .....	27
vbba-Gruppe Schwandorf .....	27
vbba-Gruppe Duisburg .....	28
vbba-Gruppe Berlin Süd .....	28
<b>vbba Frauen</b>	
Frauenpolitische Fachtagung .....	29
CESI-dbb-Konferenz .....	30
Internationaler Frauentag 2025 .....	30
Strategieworkshop der Frauenvertretung in Leipzig .....	31
<b>vbba Senioren</b>	
Landesseniorenvertretungen – Tagung in Mannheim .....	32
Senioren Aktuell · 01/2025 .....	33
Senioren Aktuell · 02/2025 .....	34
<b>vbba Jugend</b>	
DBB-Jahrestagung 2025 .....	36
JAV-Seminare der vbba Jugend .....	36
Aktuelles aus der HJAV .....	36
<b>vbba Seminare</b>	
Schulung zum Bundespersonalvertretungsgesetz - Teil 1 .....	37
Termin-Übersicht 2025 .....	38
<b>vbba Beitrittserklärung</b> .....	41
<b>vbba Einzugsermächtigung</b> .....	42
<b>vbba Ansprechpartner</b> .....	43
<b>Impressum</b> .....	43

# BBBank-Kreditkarten<sup>1</sup> zu Sonderkonditionen.



- ✓ 0,- Euro für Visa ClassicCard<sup>1</sup>
- ✓ Schwarze Kreditkarte (Visa) zum Sonderpreis von 29,90 Euro p. a.

**Nur für  
dbb-Mitglieder  
und ihre  
Angehörigen**



## Jetzt informieren

Ihr Ansprechpartner:

René Plathe

Landesdirektor Öffentlicher Dienst

Tel.: 0172/6797282

Mail: [rene.plathe@bbbank.de](mailto:rene.plathe@bbbank.de)

Einfach hier bestellen:  
[www.bbbank.de/dbb](http://www.bbbank.de/dbb)



<sup>1</sup>Ausgabe ab 18 Jahren möglich, bonitätsabhängig. Voraussetzungen ab der Vollendung des 30. Lebensjahres: BBBank Girokonto, monatliches Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro bei Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen, girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a. Voraussetzungen bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres: BBBank Junges Girokonto ohne monatliches Kontoführungsentgelt bei Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen, danach erfolgt die Umwandlung in ein Girokonto mit monatlichem Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro, girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a. Ausgabe einer Kreditkarte

Folgen Sie uns





# Trauer um Waldemar Dombrowski

Mit großer Bestürzung und schwerem Herzen nehmen wir Abschied von Waldemar Dombrowski, unserem ehemaligen Bundesvorsitzenden. Er ist am 18. Mai 2025 unerwartet nach kurzer schwerer Erkrankung im Alter von 62 Jahren verstorben.

Waldemar wurde am 09.12.1962 in Szczytno geboren, war Witwer und hinterlässt zwei erwachsene Kinder.

1985 hat er seinen Diplom-Verwaltungswirt abgeschlossen, als Sachbearbeiter, Arbeitsvermittler und Berufsberater beim Arbeitsamt in Dortmund angefangen und ist 1991 zur Zentrale nach Nürnberg gewechselt. Seine berufliche Laufbahn setzte sich über Abschnittsleiter, Abteilungsleiter, Abwesenheitsvertretung des Direktors, Kundenbereichsleiter und nach seinem Magister -Abschluss 1999 an der Fernuniversität in Hagen in den Fächern Sozial-, Erziehungs- und Rechtswissenschaften mit dem Aufstieg in den höheren Dienst fort. Er war ab 2005 Vorsitzender der Geschäftsführung der Arbeitsagentur Hof, ab 2006 der Arbeitsagentur Fulda und ab 2012 – bis zu seiner Wahl zum dbb-Fachvorstand Beamtenpolitik im Juni letzten Jahres – Vorsitzender der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Bad Hersfeld/Fulda.

Seine gewerkschaftliche Tätigkeit begann als Mitglied in unserer vbba – Gewerkschaft Arbeit und Soziales 1997. Von 1998 bis 2002 war er Stellvertretender Bundesvorsitzender und wurde am 25.10.2002 zum Bundesvorsitzenden der vbba gewählt. Dieses Amt musste er nach 22 Jahren im Juni 2024 mit seiner Wahl zum dbb-Fachvorstand Beamtenpolitik und Stellvertretenden dbb-Vorsitzenden niederlegen.

Waldemar war mit großem Engagement in der vbba aktiv und hat sich stets mit großer Leidenschaft für die Belange der Kolleginnen und Kollegen eingesetzt. Er prägte mit großem persönlichem Einsatz, umfassenden Sachverstand sowie seiner wertschätzenden und ausgleichenden Art unsere gewerkschaftliche Arbeit. Waldemar wurde wegen seiner Kompetenz, Erfahrung und seiner Persönlichkeit sehr geschätzt. Besonders der persönliche, direkte fachliche Austausch mit seinen Gesprächspartnern war für ihn wichtig.

Wir sind unendlich dankbar für die gemeinsame Zeit, seine Tatkraft und all die Erinnerungen, die bleiben. Waldemar wird immer einen Platz in unseren Herzen haben. Wir sind in dieser schweren Zeit in Gedanken bei seinen Angehörigen und werden ihm ein ehrendes Andenken erhalten.



**Gewerkschaft Arbeit und Soziales**



# Einkommensrunde 2025

Nachdem die erste und zweite Verhandlungsrunde zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern ergebnislos verliefen, gab es weitere Streikaktionen im gesamten Bundesgebiet:

## NSB: „Wertschätzung muss auch im Geldbeutel ankommen“

Bei einer Demonstration am 4. März in Hannover machten über 1.200 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes ihrem Frust über die Haltung der Arbeitgebenden Luft. Die vbba-Landesgruppe NSB war wieder stark vertreten und zeigte Flagge.

Der dbb Vize und Verhandlungsführer Volker Geyer kritisierte, dass die Arbeitgebenden bei der zweiten Verhandlungsrunde im Februar kein Angebot vorgelegt hatten. „Stattdessen durften wir uns wieder anhören, dass die Kassen leer seien, die Haushaltslage angespannt sei und unsere Forderungen die Kommunen überlasten. Diese Argumente kommen in jeder Tarifrunde und langsam können wir die alte Leier nicht mehr hören.“

Dafür schreiben sich die Arbeitgebenden jedes Mal mehr Wertschätzung für den öffentlichen Dienst auf die Fahne. „Leider ist Wertschätzung kein anerkanntes Zahlungsmittel in Deutschland. Und deshalb werden wir weiter laut sein, bis die Wertschätzung auch in den Geldbeuteln der Beschäftigten ankommt“, betonte Geyer.

Thomas Zeth, stellvertretender Vorsitzender der dbb tarifkommission ergänzte: „Das Wort Wertschätzung wird durch die Arbeitgebenden zunehmend zu einer hohlen Phrase. Wenn sie es mit der Wertschätzung ernst meinen, dann müssen sie neben dem Anheben des Volumens auch die Arbeitsbedingungen verbessern.“ Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst arbeiten an der Belastungsgrenze und darüber hinaus, erklärte Zeth. „Wir fordern daher mehr Zeitsouveränität und mehr freie Tage. Nur so gelingt echte Entlastung.“

Die Kundgebung auf dem hannoverischen Kröpcke startete symbolisch um fünf vor Zwölf. Damit wollten die Beschäftigten auf ihre prekäre Situation aufmerksam machen, erklärte Alexander Zimbehl, Landesvorsitzender des dbb niedersachsen: „Die Beschäftigten haben große Schwierigkeiten, die immer größer werdende Aufgabenlast zu bewältigen. Gleichzeitig tickt die Uhr des demografischen Wandels: In den nächsten zehn Jahren wird ein Viertel der Beschäftigten altersbedingt aus dem Dienst ausscheiden. Die Politik muss diese Schieflage bestehend aus mehr Arbeit bei weniger Personal unverzüglich beheben.“

Mitmachzeit in Hannover

Foto: vbba Hannover



Foto: Landesgruppe Nord

## Nord: „Öffentlicher Dienst darf nicht zweite Wahl sein“

Leistungsstark, aber schlecht bezahlt? Am 6. März demonstrierten fast 3.000 Beschäftigte in Kiel gegen die Blockadehaltung der Arbeitgebenden. Die vbba Landesgruppe Nord zückt den „Arbeitshelden ohne Geld“.

dbb-Vize Andreas Hemsing betonte auf der Kundgebung: „Die Arbeitgebenden wollen einen leistungsstarken öffentlichen Dienst, aber sie wollen kein Geld dafür ausgeben.“ Dabei brauche der Staatsdienst diese Investitionen dringend. „Nur mit attraktiven Einkommen und Arbeitsbedingungen, können wir Bestandskräfte halten und Interessierte für uns gewinnen“, so der dbb Vize.

Matthäus Fandrejewski, Bundesvorsitzender der dbb jugend machte deutlich: „Der öffentliche Dienst darf bei der Berufswahl für Jugendliche nicht zur zweiten Wahl hinter der Privatwirtschaft werden. Wir bieten sinnstiftende und erfüllende Arbeit. Die Arbeitgebenden müssen jetzt dafür sorgen, dass diese Leistung auch entsprechend bezahlt wird.“

Der Landesbundvorsitzende des dbb schleswig-holstein, Kai Tellkamp, erwartet in der dritten Verhandlungsrunde von Bund und VKA die Aufgabe ihrer bisherigen Blockadehaltung: „Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich auf den öffentlichen Dienst verlassen können. Das funktioniert aber nur, wenn sich die Beschäftigten auf Entlastung und faire Einkommen verlassen können.“



Foto: Landesgruppe Nord

## Sachsen: „Die Menschen in Deutschland wollen einen handlungsfähigen Staat“

Auch in Dresden haben sich am 6. März Beschäftigte des Bundes und der Kommunen nach dem Motto: „Zusammenhalten. Wir sind wir stark“ lautstark für höhere Einkommen und bessere Arbeitsbedingungen eingesetzt.

„Der Fachkräftemangel, die demografische Entwicklung, eine ständig wuchernde Aufgabenfülle – die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes arbeiten in der aktuellen politischen Lage am Limit – in Sachsen wie überall in Deutschland! Wenn die Arbeitsbelastung steigt, müssen die Einkommen mit rauf!“, rief Hermann-Josef Siebigteroth, Stellvertretender Vorsitzender der dbb Bundestarifkommission den 150 Teilnehmenden zu. Die Blockadehaltung, die die Arbeitgebenden in der zweiten Runde der Tarifverhandlungen Mitte Februar gezeigt hätten, sei zutiefst enttäuschend und respektlos. „Bund und Kommunen müssen in den öffentlichen Dienst in-



Foto: Landesgruppe Sachsen

vestieren, und zwar in beides: Beton und Beschäftigte. Sonst kann unser Staat die anstehenden Aufgaben nicht erfüllen“, sagte der Vorsitzende der Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten VDStra.

„Die Menschen in Deutschland wollen einen handlungsfähigen Sozialstaat. Das ist und bleibt aber personalintensiv“, betonte auch Steffen Winkler, stellvertretender Landesvorsitzender im SBB. „Pflegen, Lehren, Sichern und Planen können nur die gut ausgebildeten Beschäftigten im öffentlichen Dienst“, sagte Winkler, der im Sächsischen Lehrerverband für Beamten- und Tarifrecht zuständig ist.

### Freiburg: Protest für starken öffentlichen Dienst

Eine Woche vor dem Start der dritten Verhandlungsrunde sind wir wieder dabei und zeigen „Flagge“ in Freiburg. Unsere Forderungen stehen fest - dazu stehen wir.

Mehrere hundert Betroffene protestierten am 7. März in Freiburg.

Der dbb Landesbund in Baden-Württemberg warnte vor den Folgen ausbleibender Investitionen in den öffentlichen Dienst, gerade für die Städte und Gemeinden. Der Vorsitzende des BBW Kai Rosenberger sagte: „In den Kommunen scheiden bundesweit in den nächsten zehn Jahren über 520.000 Beschäftigte altersbedingt aus. Das sind mehr als 30 Prozent des Personals. Gerade vor Ort in den Kommunen, wo es um die alltäglichen Belange der Bürgerinnen und Bürger geht, können wir uns ein Ausbluten des öffentlichen Dienstes aber nicht leisten. Wir erwarten von der Präsidentin der kommunalen Arbeitgeberverbände Karin Welge und Bundesinnenministerin Nancy Faeser deshalb endlich Vorschläge für substantielle Lösungen.“

Bei der Kundgebung sagte Thomas Zeth, stv. Vorsitzender dbb Bundestarifkommission: „Das Vertrauen der Bevölkerung in die Handlungsfähigkeit des Staates ist auf einem Tiefpunkt. Ohne den öffentlichen

Dienst wird aber keine der anstehenden Aufgaben etwa im Bereich der Infrastruktur, der inneren und äußeren Sicherheit, der Bildung oder der Gesundheit zu lösen sein. Deshalb muss jetzt dringender denn je investiert werden: Um die vorhandenen Fachkräfte zu halten und Nachwuchskräfte zu gewinnen. Dafür brauchen wir nicht nur höhere Einkommen – ein Volumen von 8 Prozent, mindestens 350 Euro mehr –, sondern auch mehr Entlastung durch zusätzliche freie Tage und mehr Flexibilität bei der Arbeitszeit.“

### Berlin: „Faire Löhne statt leerer Versprechen“



Foto: Landesgruppe BB

In Berlin haben am 10. März rund 1.000 Beschäftigte für höhere Einkommen und bessere Arbeitsbedingungen demonstriert. Selbstredend war die vbba dabei und zeigt dem Arbeitgebenden die „rote“ Karte.

Sie forderten kurz vor der dritten und entscheidenden Verhandlungsrunde unter anderem mehr Zeitsouveränität und eine zukunftsfeste Personalpolitik.

dbb-Verhandlungsführer Volker Geyer ließ das Arbeitgeber-Argument der leeren Kassen nicht gelten und verwies auf Rekord-Steuereinnahmen, die in Bund und Ländern mittlerweile auf eine Billion Euro pro Jahr gestiegen sind. „Es sind die Kolleginnen und Kollegen in vielen Sparten des öffentlichen Dienstes, die diese Einnahmen überhaupt erst möglich machen. Belohnt werden sie dafür mit Personalmangel, Arbeitsverdichtung und Arbeitsbedingungen von gestern. Das lassen wir uns nicht länger bieten“, sagte Geyer auf der Abschlusskundgebung vor dem Bundesministerium des Innern. Bundesinnenministerin Nancy Faeser forderte er auf, ihren noch im Januar auf der Jahrestagung des dbb anvisierten Kurs, „einen Interessenausgleich zu finden, ohne den Pfad des Konstruktiven zu verlassen“, endlich in die Tat umzusetzen. Geyer: „Frau Faeser, das sind sie den Kolleginnen und Kollegen schuldig!“



## Köln: „Der öffentliche Dienst als Rückgrat der Gesellschaft“



Foto: vbba

„Der öffentliche Dienst als Rückgrat der Gesellschaft. So wird es uns als Beschäftigten im öffentlichen Dienst stets gespiegelt. Wir befinden uns jedoch in einer Zeit, in der die Belastungen für den öffentlichen Dienst zunehmend steigen. Die Erwartungen an uns, an die Qualität der Dienstleistungen, an die Effizienz der Verwaltung und an die Leistungsfähigkeit der gesamten öffentlichen Verwaltung sind enorm. Gleichzeitig sehen wir, dass die Bedingungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst nicht mehr den Anforderungen gerecht werden, die an sie gestellt werden. Daher verdienen wir nicht nur Anerkennung, sondern auch faire Arbeitsbedingungen und eine gerechte Entlohnung

Unsere Forderungen sind nicht nur berechtigt, sondern auch notwendig. Der öffentliche Dienst ist das Fundament, auf dem unser Gemeinwesen ruht. Wir müssen dafür sorgen, dass er auch in Zukunft stark, leistungsfähig und gut aufgestellt bleibt. Das bedeutet, dass wir den Beschäftigten im öffentlichen Dienst die Arbeitsbedingungen bieten müssen, die sie verdienen – nicht nur für heute, sondern auch für morgen.“ So sprach die Landesvorsitzende Simone Thölke bei einer Warnstreikaktion am 13. März vor der Agentur für Arbeit Köln.

## Nürnberg: „Attraktive Arbeitsbedingungen stärken den öffentlichen Dienst nachhaltig“

Am 13. März haben sich vbba Kollegen und Kolleginnen in Nürnberg für höhere Einkommen und bessere Arbeitsbedingungen eingesetzt.

„Personalmangel, Arbeitsverdichtung und Arbeitsbedingungen von gestern. Dennoch sind es die Kolleginnen und Kollegen in vielen Sparten des öffentlichen Dienstes, die Steuer-Einnahmen in Bund und Ländern auf dem Rekordniveau von mittlerweile etwa einer Billion Euro pro Jahr ermöglichen. Den Hinweis auf leere Kassen lassen wir uns nicht länger bieten“, rief Volker Geyer, Verhandlungsführer des dbb, auf dem Sebalder Platz den etwa 1.700 Kundgebungs-Teilnehmenden zu.

„Der öffentliche Dienst verliert auf dem Arbeitsmarkt immer weiter an Konkurrenzfähigkeit. Deshalb müssen Arbeitgebenden von Bund und Kommunen endlich in attraktive Arbeitsbedingungen investieren“, unterstrich Volker Geyer.

## München: Ein erfolgreicher Tag der Solidarität und des Protests



Foto: vbba

Am 13. März versammelten sich Mitglieder der vbba München vor der Agentur für Arbeit, um sich der von ver.di organisierten Kundgebung anzuschließen. Der Streik war ein deutliches Zeichen der Solidarität und des Protests gegen die aktuellen Arbeitsbedingungen und Tarifverhandlungen.

Die Kundgebung war geprägt von einer großen Teilnehmerzahl und einer starken Präsenz der vbba-Kolleginnen und -Kollegen. Durch den Zusammenschluss mit den ver.di-Mitgliedern wurde die Botschaft des Streiks noch verstärkt und zeigte die breite Unterstützung innerhalb der Gewerkschaftsbewegung.

Foto: vbba



## Weitere Aktionen im gesamten Bundesgebiet

Am 11. März wurde von der komba in **Koblenz** eine Aktion organisiert, an der sich auch andere dbb-gewerkschaften mit mehreren hundert Teilnehmenden beteiligten. Auch die vbba-Landesgruppe RPS war mit rund 40 Kolleginnen und Kollegen dabei.



Foto: vbba

Am 12. März fand in **Saarbrücken** eine Kundgebung des dbb Saar statt. Die vbba-Landesgruppe RPS war mit rund 100 Kolleginnen und Kollegen aus den Arbeitsagenturen und Jobcentern vertreten - **ein starkes Zeichen!**



Foto: vbba

An der dbb-Warnstreikaktion in **Rostock** am 12. März nahmen auch Kolleginnen und Kollegen der vbba teil.



Foto: Gruppe Rostock

Die LG NSB war am 13. März in **Hannover** mit ver.di aktiv. Die Veranstaltung werteten alle Beteiligten als eine eindrucksvolle Aktion.



Foto: vbba

Und auch in **Mannheim** waren Kolleginnen und Kollegen der vbba aus dem JC Mannheim bei strömendem Regen auf der Straße - und beteiligten sich an der Veranstaltung von verdi. Gemeinsam stark!



Foto: Gruppe Mannheim



## Warnstreik vor der dritten Verhandlungsrunde in Potsdam



Foto: vbba

Zum Beginn der dritten Verhandlungsrunde vor dem Kongresshotel Potsdam haben wir den Unmut unserer Kolleginnen und Kollegen mitgenommen und die Verhandlungsführer der Arbeitgebenden lautstark was gepfiffen - ganz nach dem Motto „Wir lassen es krachen“.

„Wir brauchen jetzt eine spürbare Verbesserung der Arbeits- und Einkommensbedingungen im öffentlichen Dienst und wir brauchen jetzt Arbeitgebende, die die Zukunft des Staates sichern, indem sie in ihre Beschäftigten investieren“, erklärte der dbb-Verhandlungsführer Volker Geyer vor Beginn der entscheidenden dritten Verhandlungsrunde mit Bund und Kommunen am 14. März in Potsdam.

„Während CDU, CSU und SPD in Berlin riesige Investitionspakete schnüren, drohen die politisch Verantwortlichen hier in Potsdam mit ihrer Blockadehaltung unser aller Zukunft zu verspielen. Denn ohne die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ist kein Staat zu machen und kein Investitionsprogramm umzusetzen. Wir sind die Infrastruktur“, so Geyer weiter. Die Warnstreiks der letzten Wochen sind eine eindeutige Aufforderung an die Arbeitgebenden, zu Beginn der dritten Verhandlungsrunde endlich ein konstruktives Angebot vorzulegen.

## Arbeitgeberseite erklärt Verhandlungen für gescheitert und ruft die Schlichtung an

„Bund und Kommunen haben mit viel Verzögerung und destruktiver Energie einen Kompromiss verhindert. Mit dieser Taktik verärgern und demotivieren die Arbeitgebenden ihre Beschäftigten. Außerdem schwächen sie die Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes auf dem Arbeitsmarkt“, so dbb-Verhandlungsführer Volker Geyer. „Es ist völlig richtig, dass wir unsere marode Infrastruktur sanieren müssen. Aber klar ist doch auch: Die Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst sind unverzichtbarer Teil dieser Infrastruktur. Brücken, Straßen, Kitas,

Schwimmbäder, Bibliotheken oder Krankenhäuser: Nichts funktioniert ohne ausreichend Personal. Ohne faire Bezahlung und attraktive Arbeitsbedingungen wird das aber nicht zu gewinnen und zu halten sein.“

An der von Bund und Kommunen angerufenen Schlichtung wird der dbb beamtenbund und tarifunion sich konstruktiv beteiligen.

Allerdings stünden die beiden Schlichter in den nächsten Wochen dabei vor einer extrem schwierigen Aufgabe, so Geyer: „Die Vielzahl der aufgetretenen Konflikte zu einen, ist an sich schon eine riesige Herausforderung. Erstmal müsste aber wohl zwischen den divergierenden Interessen und Positionen innerhalb der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände geschlichtet werden. Erst danach hätte dann auch eine Schlichtung zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebenden eine reale Chance.“

## Abschluss des Schlichtungsverfahrens

Am 28. März wurde die Schlichtung in der Einkommensrunde 2025 mit Bund und Kommunen beendet. Die Schlichter haben eine Einigungsempfehlung abgegeben. Die gemeinsame Schlichtungskommission von Arbeitgeber- und Gewerkschaftsseite hat mehrheitlich zugestimmt. Am 5. April wird in Potsdam die Bundestarifkommission darüber entscheiden, ob aus dem Schlichterspruch ein Tarifvertrag wird.

## Tarifabschluss: Die BTK des dbb stimmt dem Schlichterspruch zu

„Meist fangen bei den Details ja die Probleme an. Beim vorliegenden Abschluss gilt das nicht. Da steckt der Fortschritt genau in diesen Details“, fasst dbb Verhandlungsführer Volker Geyer seine Bewertung gegenüber den Medien am 6. April in Potsdam prägnant zusammen.

Geyer weiter: „Für uns ist zentral, dass sich die Komponenten lineare Erhöhung, soziale Komponente, Arbeitszeitsouveränität und Entlastung alle im Abschluss wiederfinden. In diesem Abschluss kann sich jede und jeder wieder finden.“

Und doch gilt: Wir hätten uns einen anderen Verlauf der Verhandlungen und in manchen Punkten auch ein anderes Ergebnis gewünscht. Aber leider mussten wir Bund und Kommunen jeden Cent, jede Minute und jeden noch so kleinen Fortschritt unendlich mühsam abringen. Zu keinem Zeitpunkt war bei den Arbeitgebenden erkennbar, dass sie Zukunft gestalten wollen.

Mit Blick auf die nächsten Jahre wies der dbb Tarifchef darauf hin, „dass – ohne große Worte machen zu wollen – die gerade abgelaufene Einkommensrunde bereits in eine neue Zeit gehört. Und in dieser Zeit werden die Tarifaueinandersetzungen mit hoher Wahrscheinlichkeit langwieriger und härter. Mehr denn je werden unsere Argumente nur Aufmerksamkeit finden, wenn wir sie mit Aktions- und Streikfähigkeit unterlegen. Dass allein bei Bund und Kommunen in den nächsten zehn Jahren etwa 650.000 Beschäftigte ausscheiden, hat die Vogel-Strauß-Politik von Bund und VKA leider in keiner Weise beeinflussen können.“

dbb Verhandlungsführer Volker Geyer erklärt das Verhandlungsergebnis aus Sicht des dbb.

Foto: Friedhelm Windmüller



## Die Eckpunkte der Einigung:

### Lineare Entgelterhöhungen

- ab dem 1. April 2025 um 3 Prozent
- ab dem 1. Mai 2026 um weitere 2,8 Prozent (Laufzeit 27 Monate, bis 31. März 2027).

### Soziale Komponente/Mindestbetrag

110 Euro Mindestbetrag im ersten Erhöhungsschritt. Das führt zu einer überproportionalen Erhöhung des Tabellenentgelts in Entgeltgruppen (EG) 1 bis 5 sowie in EG 6 bis zur Stufe 5, in EG 7 bis zur Stufe 4, in EG 8 bis zur Stufe 3, in EG 9a bis zur Stufe 2 und in EG 9b Stufe 1. So kommen im ersten Schritt Erhöhungen von bis zu 4,67 Prozent zustande.

### Entgelt und Übernahme bei Auszubildenden

Die Vergütung der Auszubildenden, dual Studierenden, Praktikantinnen und Praktikanten soll ebenfalls in zwei Schritten ansteigen: ab dem 1. April 2025 um 75 Euro und ab dem 1. Mai 2026 um weitere 75 Euro. Die Auszubildenden und dual Studierenden sollen bei betrieblichem Bedarf unbefristet übernommen werden, wenn sie mindestens mit der Note „Befriedigend“ abgeschlossen haben.

### Instrumente zur Entlastung der Beschäftigten

Ab dem Jahr 2027 soll es einen zusätzlichen Urlaubstag für alle Beschäftigten (inklusive Auszubildende) geben.

Die Jahressonderzahlung soll ab 2026 erhöht werden:

- Bund: EG 1 bis 8: von 90 auf 95 Prozent, EG 9a bis 12: von 80 auf 90 Prozent, EG 13 bis 15: von 60 auf 75 Prozent
- VKA: 85 Prozent in allen EG, 90 Prozent in den EG 1 bis 8 in den Bereichen BT-K und BT-B

Es soll die Möglichkeit geben, diese Jahressonderzahlung (außer in Krankenhäusern, Pflege- und Betreuungseinrichtungen) in bis zu drei zusätzliche freie Tage umzuwandeln. Für den Bereich der Krankenhäuser und Pflege- und Betreuungseinrichtungen soll als Ausgleich für die fehlende Umwandlungsmöglichkeit die Jahressonderzahlung in den EG 1 bis 8 auf 90 Prozent erhöht werden.

### Mehr Arbeitszeitsouveränität

Auf betrieblicher Ebene soll durch Betriebs- oder Dienstvereinbarung ein Langzeitkonto vereinbart werden können. Das eingebrachte Wertguthaben soll zum Beispiel für Sabbaticals, eine Verringerung der Arbeitszeit, Freistellungen für Kinderbetreuungen und Pflege verwendet werden können.

Die Regelungen zur Gleitzeit sollen zukünftig genauer gefasst und eine Kappung von Stunden vermieden werden. Wenn ein Langzeitkonto eingerichtet ist, soll auch eine Übertragung von Plusstunden auf dieses Konto erfolgen können. Künftig sollen auch Überstunden angeordnet werden, um die Kappung zu vermeiden.

Beschäftigte und Arbeitgeber können – für beide Seiten freiwillig – vereinbaren, dass ab dem Jahr 2026 die wöchentliche Arbeitszeit auf bis zu 42 Stunden erhöht wird. Das kann für einen Zeitraum von bis zu 18 Monaten vereinbart werden. Die Beschäftigten erhalten dann das entsprechend erhöhte Entgelt, entsprechend erhöhte sonstige Entgeltbestandteile und einen Zuschlag für jede Erhöhungsstunde. Der Zuschlag beträgt: in den EG 1 bis 9b: 25 Prozent, in den EG 9c bis 15: 10 Prozent des Tabellenentgelts der Stufe 3 der jeweiligen EG.

### Was noch passieren muss

Gegenüber den Medien forderte Geyer die zeit- und inhaltsgleiche sowie systemgerechte Übernahme des Tarifergebnisses auf den Beamtenbereich: „Wir werden dazu unverzüglich das Gespräch mit dem Bundesrat und der neuen Bundesregierung aufnehmen.“

## Einkommensrunde für den Bundesbeamtenbereich

Wie in allen vorhergehenden Einkommensrunden von Bund und Kommunen sind die für die Beschäftigten ausgehandelten Ergebnisse aus tatsächlichen, rechtlichen und systematischen Gründen der Unterschiedlichkeit der Einkommens- und Sicherungssysteme nicht alle 1 : 1 auf die Statusbeamtinnen und -beamten übertragbar.

### Einkommensrunde für den Bundesbeamtenbereich 2025/2026 ist historisch einmalig

War der Arbeitgeber zu Beginn der Einkommensrunde TVöD und BB-VAnpG 2025/2026 noch „voll handlungsfähig“, war er zum Schluss aufgrund des Endes der Legislaturperiode und den zwischenzeitlichen Neuwahlen nur noch geschäftsführend im Amt. Für die durch Gesetz zu regelnden Besoldungs- und Versorgungsanpassungen steht damit bereits heute fest, dass der Arbeitgeber, der den Tarifabschluss als geschäftsführende Bundesregierung wirksam geschlossen hat, nicht identisch mit dem Gesetzgeber sein wird, der ein entsprechendes BBVAnpG auf den Weg und zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens führen wird und muss.

### Einkommensforderungen für den Bundesbeamtenbereich auf der Basis des TVöD-Abschlusses

Für den dbb beamtenbund und tarifunion ist die Einkommensrunde mit dem Bund 2025/2026 erst beendet, wenn der Tarifabschluss zum TVöD 2025/2026 zeit- und inhaltsgleich sowie systemgerecht auf die Bundesbeamtinnen und -beamten durch ein Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2025/2026 des zukünftigen Gesetzgebers übertragen ist. Dies umfasst nach dem Beschluss der dbb Bundesbeamtengewerkschaften vom 31. März 2025 insbesondere

- die lineare Anpassung der Tabellenentgelte zum 1. April 2025 in Höhe von 3 Prozent,
- die lineare Anpassung der Tabellenentgelte zum 1. Mai 2026 in Höhe von 2,8 Prozent,
- eine prozentuale Kompensation für die im Beamtenbereich aus rechtlichen Gründen (Abstandgebot/Leistungsgrundsatz des Art. 33 Abs. 2 GG) nicht umsetzbaren Mindestbetrag von 110 Euro monatlich,
- die Anhebung der Anwärterbezüge zum 1. April 2025 um 75 Euro sowie zum 1. Mai 2026 um weitere 75 Euro,
- die Gewährung eines freien zusätzlichen Urlaubstages ab 2027,
- die systemgerechte Übertragung der Verbesserung der Schicht- und Wechselschichtzulagen und deren Dynamisierung sowie
- die systemgerechte Weiterentwicklung der Arbeitszeitregelungen und der Langzeitkonten mit qualifizierten Zuführungen und Entnahmen.

Daneben sieht der dbb einen besonders dringlichen weiteren Handlungsbedarf durch die seit 2006 bestehende Sonderbelastung der Bundesbeamtinnen und Bundesbeamten in Form der wöchentlichen 41-Stunden-Woche.

- Diese einseitige Benachteiligung muss sofort beendet werden. Ein unmittelbar realisierbarer Ansatz dazu ist die Rückführung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit von 41 auf 39 Stunden in der Form, dass bei einem Weiterdienen mit 41 Wochenstunden 2 Stunden wöchentlich einem Langzeitkonto zugeführt und gesichert werden – und vor dem Eintritt in den Ruhestand entnommen werden.

## Tarifeinigung mit der BA steht fest

Am 30. Mai endete die Erklärungsfrist zum Widerruf der Tarifeinigung in den Gehaltstarifverhandlungen für die Beschäftigten der BA – **damit steht die Tarifeinigung fest.**

Die Verhandlungen fanden am 28./29. April in der Führungsakademie in Lauf statt. Die Tarifeinigung orientiert sich grundsätzlich an der Tarifeinigung für den TVöD.

Andere Themen, wie Eingruppierungen oder Zulagen zu einzelnen Tätigkeiten, waren nicht Bestandteil dieser Verhandlungen. Für die vbba waren **Harald Kirchner, Manfred Klar, Ina Kastner und Oliver Gerdemann** vor Ort.

Eine schnelle Einigung konnte aufgrund der Vorarbeit zum TVöD bei der **Erhöhung** der Festgehälter und der Funktionsstufen (siehe nachfolgende Tabellen), des Kinderzuschlags sowie bei der Anpassung der Erschwerniszuschläge erzielt werden.

Es wurden die Anpassung der Gehälter, aber auch Fragen der Arbeitszeit verhandelt. Neben einer Verbesserung bei den Regularien zur Arbeitszeitkappung war die freiwillige Erhöhung der **Wochenarbeitszeit** auf 42 Stunden Gegenstand der Verhandlungen. Am Ende waren sich alle Verhandlungsparteien einig, dass diese Regelung keine Anwendung in der BA finden wird. Wenn es auch für Einzelne von Interesse gewesen wäre, so überwiegen doch die negativen Aspekte. Seit Jahren fordert die vbba eine Angleichung der Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten von 41 Stunden/Woche an die 39 Stundenwoche der Angestellten. Die Möglichkeit, die Arbeitszeit auf 42 Stunden/Woche zu erhöhen, weil es zu wenige Beschäftigte für zu viel Arbeit gibt, passt nicht zur Belastungssituation unserer Mitarbeitenden und der gleichzeitigen Forderungen nach mehr Urlaubstagen. Es ist fraglich, wie lange so ein „Angebot“ dann tatsächlich freiwillig wäre – und die Kolleginnen und Kollegen sich nicht unter Druck gesetzt fühlten, es annehmen zu müssen.

Wir konnten erreichen, dass der **Urlaubsanspruch** bei einer Verteilung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 5 Tage in der Kalenderwoche ab dem Kalenderjahr 2027 31 Arbeitstage beträgt.

Zusätzlich konnte ab 2026 eine Erhöhung der **Jahressonderzahlung** für alle Tätigkeitsebenen verhandelt werden. Somit ergibt sich für die Jahressonderzahlung ab 2026 folgendes Ergebnis:

**TE VIII-V: 95 Prozent    TE IV-II: 90 Prozent    TE I: 75 Prozent**

Zusätzlich wird ein **Zeit-statt-Geld-Wahlmodell** eingeführt, bei dem die Beschäftigten einen Teil der Jahressonderzahlung im Wert von bis zu drei freien Tagen umtauschen können.

Ein besonders wichtiges Anliegen war der Tarifkommission die Angleichung der **Arbeitsbedingungen** Ost an West bei den Punkten Unkündbarkeit und Befristungen. So gelten nun endlich die (besseren) Regularien West für alle BA-Beschäftigten gleichermaßen.

Noch keine abschließende Einigung konnte zum Thema **Langzeitkonten** erzielt werden. Weitere Verhandlungen zu diesem Thema wurden daher auf die zweite Jahreshälfte 2025 vertagt.

Auch für die **Nachwuchskräfte** konnten Verbesserungen erzielt werden. Zum 1. April 2025 sowie zum 1. Mai 2026 steigen die Ausbildungsvergütungen um jeweils 75 €. Für die Studierenden erhöht sich die Vergütung zum 1. April 2025 ebenfalls um 75 €. Zum 1. Mai 2026 steigt die Vergütung der Studierenden um 30 €. Zeitgleich wird die Übernachtungskostenpauschale um 45 € aufgestockt.

Neben den finanziellen Verbesserungen konnte eine echte, tariflich abgesicherte, Übernahmegarantie in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis für die Auszubildenden erreicht werden.

**Wie geht's weiter?** Es folgen nun die Redaktionsverhandlungen zu den Tarifvertragstexten sowie die Umsetzungsarbeiten in der BA (u.a. Anpassung der Abrechnung). Wenn absehbar ist, wann die Nachzahlung der Tarifierhöhung erfolgen soll, informieren wir.

*Harald Kirchner, Manfred Klar, Ina Kastner und Oliver Gerdemann (von links)*

*Foto: Harald Kirchner*



**Gehaltstabelle BA (gültig ab 1.4.2025)**

TE	Stufe 1	Stufe 2 (nach 1 Jahr)	Stufe 3 (nach 2 weiteren Jahren)	Stufe 4 (nach 3 weiteren Jahren)	Stufe 5 (nach 4 weiteren Jahren)	Stufe 6 (nach 5 weiteren Jahren)	Funktions- stufe 1	Funktions- stufe 2
I	5.358,20 €	5.908,63 €	6.243,42 €	6.590,97 €	6.968,31 €	7.361,22 €	220,00 €	440,00 €
II	4.836,18 €	5.298,64 €	5.647,60 €	5.968,22 €	6.287,39 €	6.649,12 €	220,00 €	440,00 €
III	4.413,44 €	4.878,73 €	5.139,74 €	5.430,60 €	5.721,38 €	6.083,13 €	220,00 €	440,00 €
IV	3.987,44 €	4.364,03 €	4.599,28 €	4.839,60 €	5.110,75 €	5.380,38 €	220,00 €	440,00 €
V	3.152,42 €	3.434,61 €	3.598,14 €	3.773,52 €	3.967,65 €	4.176,85 €	80,80 €	161,60 €
VI	2.915,86 €	3.160,25 €	3.314,51 €	3.476,66 €	3.652,06 €	3.842,52 €	80,80 €	161,60 €
VII	2.742,84 €	2.965,17 €	3.091,92 €	3.240,93 €	3.404,70 €	3.583,18 €	80,80 €	161,60 €
VIII	2.659,10 €	2.857,16 €	2.985,08 €	3.115,90 €	3.262,83 €	3.428,76 €	80,80 €	161,60 €

**Gehaltstabelle BA (gültig ab 1.5.2026)**

TE	Stufe 1	Stufe 2 (nach 1 Jahr)	Stufe 3 (nach 2 weiteren Jahren)	Stufe 4 (nach 3 weiteren Jahren)	Stufe 5 (nach 4 weiteren Jahren)	Stufe 6 (nach 5 weiteren Jahren)	Funktions- stufe 1	Funktions- stufe 2
I	5.508,23 €	6.074,07 €	6.418,23 €	6.775,52 €	7.163,42 €	7.567,34 €	226,16 €	452,32 €
II	4.971,59 €	5.447,00 €	5.805,74 €	6.135,33 €	6.463,43 €	6.835,30 €	226,16 €	452,32 €
III	4.537,01 €	5.015,33 €	5.283,65 €	5.582,66 €	5.881,58 €	6.253,46 €	226,16 €	452,32 €
IV	4.099,09 €	4.486,22 €	4.728,06 €	4.975,11 €	5.253,85 €	5.531,03 €	226,16 €	452,32 €
V	3.240,69 €	3.530,78 €	3.698,89 €	3.879,18 €	4.078,75 €	4.293,80 €	83,06 €	166,12 €
VI	2.997,50 €	3.248,74 €	3.407,32 €	3.574,01 €	3.754,32 €	3.950,11 €	83,06 €	166,12 €
VII	2.819,64 €	3.048,19 €	3.178,49 €	3.331,68 €	3.500,03 €	3.683,51 €	83,06 €	166,12 €
VIII	2.733,55 €	2.937,16 €	3.068,66 €	3.203,15 €	3.354,19 €	3.524,77 €	83,06 €	166,12 €



Gewerkschaft Arbeit und Soziales

**Tarif. Machen wir!**[www.vbba.de](http://www.vbba.de)



## Bundeshauptvorstand

- > **Neuer Bundesvorsitzender**
- > **Fachlicher Austausch**
- > **Vorbereitung BGT**

Am 11. und 12. April trafen sich die Mitglieder des Bundeshauptvorstands der vbba zu ihrer Frühjahrstagung im bfw-Hotel in Nürnberg.

In seiner Eröffnung ging Gerhard Knab, Erster Stellvertretender Bundesvorsitzender, auf die **aktuelle Lage** ein. Momentan erleben unsere Mitglieder in den Arbeitsagenturen und Jobcentern flächendeckend und aufgabenübergreifend eine sehr hohe Arbeitsbelastung. Auslöser hierfür sind auch die wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen im Land und in der Welt – noch ist nicht absehbar, welche Auswirkungen sich zukünftig entwickeln werden. Die neue Bundesregierung plant z.B. Veränderungen für den Bereich SGB II – die Kolleginnen und Kollegen dort kommen seit Jahren der Veränderungen einfach nicht zur Ruhe. Auch die internen Entwicklungen rund um die beiden Zukunftsprojekte lassen – insbesondere bei den Beschäftigten im SGB III – Unruhe aufkommen.



Gerhard Knab informierte zur aktuellen Lage.

Foto: Ingo Wagner

Nach einer in diesem Jahr in neuer Dimension abgelaufenen **Tarifrunde** bedankte sich Gerhard Knab bei allen an den Tarifverhandlungen Beteiligten sowie allen Kolleginnen und Kollegen, die sich in den letzten Wochen zur Durchsetzung der Forderungen bundesweit an Warnstreiks auf den Straßen beteiligt haben. Unsere Kolleginnen und Kollegen der Tarifkommission informierten die Delegierten über den Ablauf der Verhandlungen sowie der Schlichtung und ordneten die Ergebnisse für den TVöD ein. Die Verhandlungen mit der BA für den TV-BA finden am 28. und 29. April statt (weitere Informationen zu Thema ab Seite 6).

Durch den Wechsel des langjährigen vbba-Bundesvorsitzenden Waldemar Dombrowski zum dbb im Herbst letzten Jahres war es erforderlich, einen kommissarischen Bundesvorsitzenden zu finden, der die Geschicke der vbba bis zum nächsten Bundesgewerkschaftstag leitet.

Für diese Funktion stellte sich **Christian Löschner** zur Verfügung. Er ist seit 2017 Mitglied der vbba-Bundesleitung. **Die Delegierten der Bundeshauptvorstandssitzung wählten ihn mit herausragender Mehrheit und folgenden „Standing Ovationen“ in das neue Amt.**



Christian Löschner wurde zum neuen kommissarischen Bundesvorsitzenden gewählt.

Foto: Ingo Wagner

In seinen Dankesworten betonte er, wie wichtig es gerade in der aktuellen Lage sei, zusammenzustehen und gemeinsam die vbba noch weiter nach vorn zu bringen. Das Wahlergebnis sei für ihn deshalb Dank und Auftrag zugleich.

Im Hinblick auf den Bundesgewerkschaftstag im Mai 2026 überprüft die vbba aktuell ihre Strukturen. Gerhard Knab stellte deshalb die – von einer breit zusammengesetzten Strukturkommission – erarbeiteten ersten Vorschläge vor. Vier wesentliche Änderungsvorschläge konnten die Delegierten der Bundeshauptvorstandssitzung ausführlich diskutieren. Mit den Ergebnissen der Diskussion wird die Strukturkommission in die weitere Arbeit gehen, um für den Bundesgewerkschaftstag den Entwurf für eine geänderte Satzung der vbba zu erstellen.



*Steph Rau und Mathias Schulz berichten aus dem Rechtskreis SGB II.*

*Foto: Ingo Wagner*

de auf den November geschoben. Im Rahmen des ZuPo sollen in Kürze in verschiedenen Standorten ausgewählte Maßnahmen erprobt werden, um ihre Machbarkeit, Wirkung und ihr Optimierungspotenzial zu prüfen. Beide Zukunftsprojekte werden wir weiter konstruktiv kritisch begleiten.

Aus dem Rechtskreis SGB II gaben Steph Rau und Mathias Schulz einen Einblick in aktuelle Themen rund um Arbeitsbedingungen und politische Entwicklungen. Im Fokus stand die Gefährdungsanzeige der Jobcenterpersonalräte zu den Arbeitsbedingungen und der Belastungssituation in den gemeinsamen Einrichtungen. Kritik gab es an der fehlenden Reaktion der Träger, trotz mehrfacher Hinweise auf personelle und finanzielle Missstände. Zudem wurde über den politischen Einfluss der Jobcenterpersonalräte und der vbba rund um die Koalitionsverhandlungen berichtet, bei denen gezielt Forderungsschreiben an die Verhandlungsgruppen versendet wurden. Ein Erfolg war der Kontakt zur RTL-Redaktion, bei dem eine weitere einseitige und verzerrte Berichterstattung zur Mittelverwendung in den Jobcentern - initiiert durch einen Bericht der Bertelsmann-Stiftung - erfolgreich verhindert werden konnte. Ein Dank ging an den Arbeitskreis SGB II für die engagierte digitale Zusammenarbeit.

Die beiden Grundsatzkommissionen sowie die vbba Jugend, die Frauen- und die Seniorenvertretung berichteten von ihren Aktivitäten. Abgerundet wurde das inhaltliche Programm mit Informationen aus dem Seminarwesen und dem Arbeitskreis Vielfalt.

Mit entsprechenden Anträgen fordert der Bundeshauptvorstand verschiedene tarifliche bzw. gesetzliche Verbesserungen. Diese werden direkt sowie über unseren Dachverband dbb beamtenbund und tarifunion in unsere gewerkschaftliche Arbeit einfließen.

Auch der kollegiale Austausch kam nicht zu kurz – sowohl in den Tagungspausen als auch am Abend nutzten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Gelegenheit, das gewerkschaftliche Netzwerk zu vertiefen.

Aus der Arbeit des **HPR** sowie für den Bereich **SGB III** informierte Christian Löschner. In vielen Regionen gibt es weiterhin eine hohe Arbeitsbelastung, nach dem Kundenportal und dem Operativen Service ist nun vor allem die Arbeitsvermittlung betroffen. Diese hat jedoch (anders als Eingangszone und AlgPlus) bisher keine personelle Stärkung erfahren, insofern wird aktuell mit verschiedenen Maßnahmen versucht, die Wartezeiten auf Erst- und Folgegespräche zu verkürzen – z.B. durch eine Verkürzung der Gesprächsdauer. Dies führt jedoch zu einer Arbeitsverdichtung und geht zu Lasten der Vermittlungsfachkräfte und Kunden. Zwischen HPR und Zentrale wurde vereinbart, dass bei entsprechenden Maßnahmen in den RD-Bezirken und vor Ort die jeweiligen Gremien einzubeziehen sind, was jedoch nicht überall auch so umgesetzt wird.

Viel Bewegung gibt es aktuell bei den beiden Zukunftsprojekten der BA, ZuPi (Zukunftsprojekt intern) und ZuPo (Zukunftsprojekt operativ). Im ZuPi erfolgt gerade die Interessenabfrage bei den IS-Beschäftigten für die neuen Tätigkeiten – bereits mit Zeitverzug. Der Beginn der ersten Welle wur-



*Foto: Christian Löschner*

## HPR-Fraktion berichtet



### MÄRZ 2025

Die Bundestagswahl am 23. Februar 2025 hat die Erwartungen bestätigt, dass eine signifikant veränderte „Parteienlandschaft“ nun Einzug in das Parlament genommen hat.

Die Sondierungsgespräche zu einer möglichen Regierungsbildung haben inzwischen begonnen.

Im Sinne wichtiger Entscheidungen bezüglich Aufgaben und künftiger Ausrichtung auch der BA erhoffen/erwarten sicherlich viele auch von Ihnen, dass eine Regierungsbildung nicht zu lange dauert.

Die veränderte Einstellung der USA zu wichtigen weltpolitischen Themen, z.B. dem Krieg in der Ukraine, sowie die damit verbundenen Herausforderungen für die europäische Politik bestimmen derzeit die Situation. Der Wunsch der Bevölkerung ist, dass sich die Verantwortlichen in Europa gemeinsam diesen Problemen widmen. Die schwierigen Rahmenbedingungen sowie **negativen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt** bestimmen derzeit stark die Handlungsansätze der BA. Gerade was den Aufgabenbereich der Arbeitsvermittlung angeht, würde man sich hier bei aller Notwendigkeit einer guten Reaktion auf die aktuellen Anforderungen eine „ruhigere Hand“ bzw. eine besonneneren Vorgehensweise dringend wünschen. Eine Weisung, Empfehlung, Information, Strategieplanung folgt derzeit der anderen, teilweise in erschreckendem Tempo und mit durchaus divergierenden Ausrichtungen. Dies führt zu viel Verunsicherung unter den betroffenen Fachkräften, deutlich mehr als guttut. Leider ist die Reaktion in einigen Agenturen (bzw. RD-Bezirken) wieder Aktionismus auf Kosten der Vermittlungsfachkräfte. „Nah am Kunden“ erscheint dabei manchmal dieses Vorgehen nicht zu sein.

Wir erwarten hier eine bessere Struktur und das Erkennen eines „roten Fadens“ bei den geplanten Handlungsansätzen sowie eine stringente Priorisierung.

Unsere Kolleginnen und Kollegen im **Internen Service Personal** treibt derzeit ein anderes Thema verständlicherweise sehr um: Welche Tätigkeit in welchem neuen Organisationsstrang werde ich künftig ausüben? Welche Interessen und Dienstposten soll ich melden? Der Info-Navigator ist sicher ein mit Mühe und Aufwand gestaltetes nützliches Tool. Fragen und Themen, die bei der Informationsveranstaltung am 14. Februar aufgegriffen wurden, werden laut Herrn Christian Rauch (Geschäftsführer POE) nun im Tool aufgegriffen (FAQ). Dennoch ist je nach heutigem Auf-

gabenzuschnitt und künftiger Aufgabenausrichtung sowie Tarifierung die Entscheidung, bzw. das Nennen von drei Wünschen im Interessenbekundungsverfahren nicht immer trivial. Es ist gut, dass hier begleitende Mitarbeitergespräche vorgesehen sind, wenn auch der Zeitplan ausgesprochen ehrgeizig ist.

Vor diesem Hintergrund begrüßen wir es, dass die Zeitschiene der Starttermine zur Umsetzung der einzelnen Projektphasen verändert (verschoben) und das Pilot-Fachkonzept angepasst wurde.

Erneut konnte der HPR Herr **Steffen Sottung, Leiter des Bereichs Internationales**, in der Sitzung begrüßen. Er informierte über den aktuellen Planungsstand mehrsprachiger Angebote im Onlineportal der BA. Hier soll es im ersten Schritt ein niederschwelliges Informationsangebot für ausländische Fachkräfte geben, für die Arbeiten in Deutschland eine interessante Perspektive ist. Ziel ist es, ihnen seriöse Informationen in ihrer Muttersprache anzubieten, die eine Entscheidungsfindung unterstützen.

Außerdem gab Herr Sottung Einblicke in das „Evidenzbasierte Benchmarking“. Es handelt sich um ein Austauschformat mit anderen europäischen Arbeitsverwaltungen. Ziel ist es, über ein standardisiertes Audit-Verfahren mit Eigen- und Fremdeinschätzungen gute Beispiele und Handlungsansätze aus anderen Ländern kennenzulernen, zu bewerten und ggf. in die eigenen Prozesse übernehmen zu können.

### Weitere Informationen aus der März-Sitzung

Weiterführende Pilotierung im Projekt  
Automatisierung OASU zum 26.03.2025

hier: Erprobung des 3. Entwicklungsstandes des 1. Moduls  
(Automat OASU) in den 3 bekannten Pilot-Agenturen

Die Pilotierung der Automatisierung der OASU verläuft bisher sehr erfolgreich, das hat auch eine externe Auditierung ergeben. Der Automat geht nun in die 3. Pilotierungsphase. Mit einem Flächenrollout und einer damit einhergehenden Entlastung der Eingangszonen kann ab der zweiten Jahreshälfte 2025 gerechnet werden.

### Weisung zur Einführung eines neuen Kommunikationsdienstes des Onlineportals für Kundinnen und Kunden und für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der FamKa der BA (sog. „Mitarbeiter- und Kundenclient“)

Im Rahmen der Modernisierung der Kontaktwege zwischen der Familienkasse und den Kundinnen und Kunden ist es bereits seit Juli 2024 möglich, sich ein Konto im Portal der BA anzulegen und ein Familienkassee-Profil freizuschalten. Diese Kommunikationsplattform kann zu einer weiteren Reduzierung von E-Mails beitragen und soll nun weiter ausgebaut und beworben werden.

Mit der Einführung des sogenannten Mitarbeiter-Clients können die Kundinnen und Kunden Postfachnachrichten datenschutzkonform an die Organisation senden und Mitarbeitende diese empfangen und beantworten sowie neue initiale Nachrichten erstellen.

Die Daten der kindergeldberechtigten Person werden dabei aus KIWI übernommen. Sowohl die eingehende als auch die versandte Postfachnachricht wird in der E-AKTE (Dokumenttyp „Postfachnachricht“; Status „z.d.A.“) abgelegt.

### Änderung des betrieblichen Ausbildungsplans für den IHK-Ausbildungsberuf zur/zum Fachinformatiker/-in

Die Anpassungen des betrieblichen Ausbildungsplans und dessen Anhängen ergeben sich aus allgemeinen Aktualisierungsbedarfen im Rahmen der Weiterentwicklung der IT-Ausbildung sowie der laufenden Anpassung an die Anforderungen aus dem Berufsbild. Darüber hinaus wurden auch die aktuellen Änderungen im Rahmen des Fachkonzeptes 5.0 des IT-Systemhauses entsprechend berücksichtigt.

Die inhaltliche Überarbeitung und Neugestaltung des betrieblichen Ausbildungsplans und dessen Anhänge wurden in einem Workshop mit Vertretungen der Bereiche Hauptpersonalrat, Haupt-Jugend- und Auszubildendenvertretung, Personalrat des IT-Systemhauses, Jugend- und Auszubildendenvertretung des IT-Systemhauses, Z12-Personal und Organisation-IT-Ausbildung und POE21-Personalgewinnung und -ausbildung gemeinsam erarbeitet.

Die Einstellung von Auszubildenden im Rahmen einer Ausbildung zum/zur Fachinformatiker/-in für Systemintegration mit dem Ziel der Einmündung in eine dezentrale Dienststelle des RIM wurde zum Ausbildungsjahrgang 2023 beendet. Der Ausbildungsjahrgang 2022 beinhaltet letztendlich zwei Auszubildende einer dezentralen Einstellung. Die dezentrale Ausbildung endet mit dem Ausbildungsabschluss dieser Auszubildenden im ersten Halbjahr 2025.

## APRIL 2025

Die Regierungsbildung nach der Bundestagswahl im Februar steht voraussichtlich vor ihrem Abschluss. Der Koalitionsvertrag wurde unterzeichnet. Er enthält auch wichtige Zielsetzungen zu den Bereichen Arbeit und Soziales.

In diesem Zusammenhang ist es für uns als Beschäftigte in den BA-Dienststellen inklusive der Familienkassen und in den Jobcentern nun wesentlich, ob, wie und in welchen Zeitschienen die vorgesehenen Änderungen in unseren Rechtskreisen und Aufgabengebieten tatsächlich umgesetzt werden sollen. So sicherlich insbesondere im Hinblick auf das Bürgergeld und die Frage nach – rechtlich legitimierten – Sanktionsmöglichkeiten gegen sogenannte „Totalverweigerer“. Wir hoffen, dass Augenmaß statt Populismus die tatsächliche Ausgestaltung der Handlungsansätze bestimmen wird.

Den Medien ist auch zu entnehmen, dass wohl ein Wechsel an der Spitze des Arbeitsministeriums anstehen soll. Dies werden sicherlich viele in der BA aufgrund der hohen Identifikation von Hubertus Heil mit Mitarbeitenden und Aufgaben der BA und Jobcenter – auch in öffentlichen Diskussionen – bedauern. Wir wünschen uns, dass eine adäquate Nachfolge gefunden wird.

Schon seit Februar beschäftigen uns die Strafzölle für Importe in die USA. Nun wurden tatsächlich zunächst von US-Präsident Donald Trump hohe Zölle auch für Importe aus Deutschland und vielen weiteren Ländern angekündigt, derzeit ist die Umsetzung ausgesetzt. Alles andere als gute Rahmenbedingungen für deutsche Firmen mit hohem Exportanteil in die USA in einer sowieso schon angespannten konjunkturellen Situation.

Erfreulich in diesem angespannten Umfeld war, dass sich vor der HPR-Sitzung der gesamte Vorstand der BA die Zeit für ein intensives Gespräch mit dem HPR-Vorstand genommen hat, um die aktuellen wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen und ihre Auswirkungen für die BA inklusive der besonderen Dienststellen zu diskutieren. Insbesondere war die seit Monaten auch in den Bereichen der Arbeitsvermittlung, ob im arbeitnehmerorientierten Bereich oder in den Arbeitgeberservices, steigende Belastung neben der langanhaltenden Belastung in den „konjunkturell reagiblen Bereichen“ Thema des Gesprächs.

Alle BA-Vorstandsmitglieder betonten, dass bei den Reaktionen auf die Situation durch alle Dienststellen eine rechtzeitige Information und Beteiligung der Gremien als selbstverständlich angesehen wird, ebenso die frühzeitige Einbindung des HPR (unabhängig von ggf. bestehenden formalen Beteiligungsrechten) – im Rahmen der beiden Zukunftsprojekte und deren Auswirkungen.

Eine besondere Spannung merkt man derzeit – unabhängig von der Ebene – wenn man mit Mitarbeitenden der Internen Services oder anderer Einheiten spricht, die im Rahmen der weiteren Planungen des **Zukunftsprojekts intern** (ZuPi) ihre Wünsche für die zukünftige berufliche Tätigkeit äußern mussten. Einige Dienstpostenbeschreibungen sind recht abstrakt. Die Zuordnung zu Tätigkeitsebenen erscheint für manche Aufgaben nicht ausreichend. Die Verunsicherung ist bei vielen groß: Was passiert, wenn keiner der genannten Wünsche realisiert werden kann? Wie werden künftige Aufgaben und Führungsstrukturen ausgestaltet und gelebt? Im weiteren Verfahren nach Auswertung der Wünsche und erfolgter Planung der künftigen Ansätze der Mitarbeitenden erwarten wir einen besonders sensiblen Umgang bei den Gesprächen zur tatsächlichen Ansatzplanung! Hier sollte mit viel Empathie auf die neue Situation in geänderten und daher ungewohnten Strukturen eingegangen werden. Zu viele erfahrene Mitarbeitende haben den Fehlstart der Internen Services noch in „guter“ Erinnerung.



**Wir begrüßen, dass es – nach entsprechenden Hinweisen – im geplanten Produktcenter Nachwuchskräfte Veränderungen dahingehend geben soll, die derzeit regional unterschiedliche Anzahl der Fachausbilderinnen und Fachausbilder auch in der neuen Struktur adäquat abzubilden.**

Mit der **Vorständin Leistungen und Internationales, Vanessa Ahuja**, konnten wir im Rahmen der HPR-Sitzung über die aktuelle Situation vor allem in den **Operativen Services** sprechen. Ihr sei bewusst, dass in den OS seit der Corona-Pandemie nicht mehr zu einem „Normalbetrieb“ zurückgekehrt werden konnte. In einer Meilensteinplanung werde auch weiter daran gearbeitet, insbesondere die AlgPlus Teams zu entlasten. Für uns unverständlich ist, dass manche RD-/OS-Bezirke hier weitergehende Maßnahmen ergreifen und so den Druck auf die Beschäftigten erhöhen.

Weitere Entlastungen und strukturelle Verbesserungen sollen sich für alle Aufgabenbereiche der OS aus den Strukturänderungen im Rahmen des **Zukunftsprojekts operativ** (ZuPo) ergeben. Hier müssen die OS auf jeden Fall krisenfester aufgestellt werden, wofür sie sich persönlich einsetzen wird. Es müsse eine auskömmliche Personalstruktur für Krisen, die nicht außergewöhnlich wie eine Pandemie seien, geben.

Prozesse seien bereits in vielen Punkten optimiert worden, doch könne eine Personalbedarfserhebung derzeit aufgrund des Betrachtungszeitraums von 3 Jahren keine gute Datenbasis liefern. Somit können die kurzfristigen Auswirkungen der konjunkturellen Verschlechterung auf die **aktuelle Belastungssituation** für die OS-Teams nicht abgebildet

werden. Hier sollen aktuelle Personalbedarfe ermittelt und mit Ermächtigungen für befristete Arbeitsverträge reagiert werden, da ein anderes Vorgehen nicht schnell realisierbar ist. Derzeit werde geprüft, ob das Einführen der angekündigten hohen Zölle für Importe in die USA als Grund für eine KuG-Gewährung anerkannt werden könne.

Dagegen freut sich Vanessa Ahuja, dass sich die **Situation in der Familienkasse** deutlich entspannt habe. Es sei nun eine gute personelle Ausstattung erreicht worden, der Abbau von Rückständen sei gelungen. Dies zeigt sich u.a. an deutlich weniger Beschwerden. In einer der nächsten HPR-Sitzungen werden wir uns zur Familienkasse detailliert mit Martina Rauch, Geschäftsführerin Familienleistungen, zgl. Leiterin der Familienkasse, austauschen.

**Susann Dengler, Geschäftsführerin Kundenprozesse**, gab dem HPR einen Einblick zu den ersten RD-Berichten (Stand Mitte März) zur **Umsetzung der Weisung „Herausforderungen in der arbeitnehmerorientierten Vermittlung“**. In dieser hatte sich die Zentrale mit dem HPR auf ein stufenweises Vorgehen in den RD-Bezirken bzw. Agenturen sowie die frühzeitige Beteiligung der BPR/PR vereinbart. Zugriffe auf die eAkte wurde zwischenzeitlich wieder allen interessierten Vermittlungsfachkräften ermöglicht. Ein Austausch zu guten Praxisbeispielen unter den RD soll vorangetrieben werden. Es ist jedoch festzustellen, dass die Anpassung der Beratungszeiten sowie der Umgang mit der Betreuung der einzelnen Kundengruppen sehr unterschiedlich gehandhabt werden. Der HPR machte auf einige bedenkliche Entwicklungen und Vorgehensweisen aufmerksam, so werden z.B. die Stützungsleistungen u.a. von INGA-Teams, Teamleitungen und Stabsstellen teilweise anders gehandhabt, als dies die Weisung vorsieht. Dies betrifft leider auch die Einbindung der PR-Gremien. Der Austausch wird in den nächsten Monaten fortgesetzt.

Schon seit Jahren wird vom HPR und den Gewerkschaften immer wieder auf die besondere Belastungssituation der Teamleitungen in den BA-Dienststellen und Jobcentern hingewiesen. Viele Anfragen, auch manche Hilferufe, gehen immer wieder ein. Nun wurde endlich – was wir sehr begrüßen – eine **Untersuchung nach wissenschaftlichen Standards zu den Aufgaben und Belastungsfaktoren für Teamleitungen** durchgeführt. Die Ergebnisse sind inzwischen ausgewertet und wurden uns im März vorgestellt. Handlungsbedarf gibt es für alle Teamleitungen, wenn die Druckpunkte z.B. durch die Zahl der Mitarbeitenden und der verschiedenen Aufgabenfülle auch unterschiedlich hoch sind. **Christian Rauch, Geschäftsführer POE**, hat in der April-Sitzung dem HPR nun zugesagt, dass aktuell daran gearbeitet wird, wie es Entlastungen in den als problematisch erkannten Aufgabengebieten geben kann und welche Handlungsansätze sich daraus ergeben. Die weitere Konzeptentwicklung soll mit dem HPR in Folge diskutiert werden.

Der HPR hat sich Anfang April mit einem **Schreiben an CDU, CSU und SPD** gewandt. Grund war die im Sondierungspapier aufgetauchte Passage zu einer möglichen Zusammenlegung von KiZ und Wohngeld. Das Schreiben wird in Kürze auf der **HPR-Seite im Social-Intranet** eingestellt.

## Weitere Informationen aus der April-Sitzung

### Flächeneinsatz des automatischen Passwort Reset Systems – APWR

Zukünftig wird im Startmenü auf eine Webseite verlinkt, über welche sich das Windows-Passwort zurücksetzen lässt, falls es vergessen wurde.

Dabei lassen sich Einstellungen für drei verschiedene Arten des Resets eingeben:

- Einmal-PIN, welcher dann über eine Handy-App abgerufen werden kann,
- Einmal-PIN, welcher per SMS zugeschickt wird und
- Benennung von zwei Vertrauenspersonen, welche jeweils die Hälfte eines PINs erhalten.

Die BA erhofft sich hiervon vor allem eine Entlastung der UHD-Hotline, da sich im Moment etwa 20-25% des Anrufvolumens auf das Zurücksetzen des Passworts beziehen.

### Digitale Signierung von MS-Office-Dateien mit VBA im zweiten Quartal 2025

Im IT-Umfeld der BA und der gemeinsamen Einrichtungen werden die Produkte der Microsoft Office-Familie (Excel, Outlook, OneNote, PowerPoint und Word) eingesetzt. Zur erweiterten Aufgabenerledigung können Makros der Skriptsprache „Visual Basic for Applications“ (VBA) in die Dateien integriert werden. Der Zugriff auf VBA-Code steht in MS-Office allen Anwendenden über die Registerkarte „Entwicklertools“ zur Verfügung. VBA-Makros können von allen Anwendenden geschrieben, verändert und ausgeführt werden.

Da Makros ein IT-Sicherheitsrisiko darstellen können, müssen VBA-Makros vor der Ausführung von Anwendenden auf Schadcode überprüft werden. Unbedenkliche Makros sollen eine digitale Signatur erhalten, dafür dürfen nur Zertifikate der BA-Public Key Infrastructure (BA-PKI) genutzt werden. Für die Signierung von MS Office-Dateien mit VBA-Makros wird allen Mitarbeitenden in Kürze ein webbasierter Self Service (Makrosignierungsservice) zur Verfügung gestellt.

Nach einer im Juni beginnenden Übergangsphase wird ab November per Gruppenrichtlinie (Policy) die Vorgabe gesetzt, dass nur noch signierte Makros ausführbar sind.

### Herunterfahren E-Mails und Weiterentwicklung der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung im Kundenportal SGB III

Es ist erklärtes Ziel der BA den Online-Kanal als führenden Kommunikationskanal weiter auszubauen und zu stärken. Hierdurch sollen Potentiale von Digitalisierung und Automatisierung vollumfänglich genutzt werden. Der für Kundinnen und Kunden als auch für die Organisation nachteilige und datenschutzrechtlich kritische Zugangsweg der freien E-Mails wird daher zugunsten besserer Alternativen eingeschränkt.

Die freien E-Mails der Liegenschaftspostfächer werden aktuell innerhalb des integrierten Kundenportals in der Eingangszone SGB III bearbeitet. Bereits seit 08.01.25 steht zur Einschränkung des E-Mail-Kanals im IM-Webshop die Funktionalität „E-Mail-Kommunikation“ zur Verfügung. Bei Aktivierung dieser Funktion durch die Auswahl der Option „Intern“ wird der Empfang von externen E-Mails unterbunden und eine Nachricht mit dem Hinweis der Unzustellbarkeit an die Absendenden übermittelt.

Zur Vorlage „Herunterfahren E-Mails und Weiterentwicklung der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung im Kundenportal SGB III“ hat der HPR eine Stellungnahme abgegeben. Aus Sicht des HPR ist eine Anpassung des „Unzustellbarkeitsberichts“ notwendig.

Um mehr Zeit für organisatorische und technische Absprachen zu ermöglichen, ist in der Zentrale aktuell nun eine Verschiebung des Starttermins in der Diskussion. Eine offizielle Antwort der Zentrale auf die HPR-Stellungnahme liegt noch nicht vor.

**Für alle Liegenschaftspostfächer der Agenturen für Arbeit (Ortschaft@arbeitsagentur.de) soll diese Sperrung nun zentral zum 01.06.2025 vorgenommen werden.**

Die Nutzung der technischen Sperre von E-Mail-Postfächern wird eine Kanalverschiebung auslösen. Ziel ist, dass die Verschiebung vom freien E-Mail- auf den Online-Kanal erfolgt und somit keine Mehrung der telefonischen Kontakte und persönlichen Vorsprachen die Folge ist – deshalb muss die Öffentlichkeit frühzeitig informiert werden.



**Aus Sicht des HPR ist aber auch zwingend eine Anpassung des oben genannten „Unzustellbarkeitsberichts“ notwendig. Der Absender muss unbedingt auf mögliche Alternativen zum E-Mail-Postfach hingewiesen werden, um telefonische oder persönliche Rückfragen zu vermeiden.**

Um der zu erwartenden Kanalverschiebung im Sinne einer kundenfreundlichen und ausgeglichenen Administrierung zu begegnen, werden verschiedene Prozesse neu definiert, um eine sinnvollere Abarbeitung zu ermöglichen.

- Telefonische Arbeitssuchendmeldungen von sog. Reaktivierungskunden verbleiben vollumfänglich im Servicecenter; somit wird künftig – wie vom HPR schon lange gefordert – die bisherige Trennung in der Aufgabenwahrnehmung vermieden.
- Die Bearbeitung von Online-Veränderungen an den persönlichen (Stamm)-Daten (eService-Veränderungsmitteilungen) erfolgt über die EAKTE in der Eingangszone.
- Übersandte Kontaktformulare zu Terminierungsthemen werden von der Eingangszone in den etablierten fünf Outlookpostfächern betreut.



**Der HPR begrüßt grundsätzlich die Abschaffung des E-Mail-Kanals und die Optimierung der Prozesse, wird aber dennoch eine Stellungnahme abgeben, um auf notwendige Folgeanpassungen hinzuweisen.**

## MAI 2025

Sicherlich wird die erste Maiwoche vielen von uns mit ihren Besonderheiten in Erinnerung bleiben.

So die Wahl des neuen Bundeskanzlers Friedrich Merz „erst“ im zweiten Wahlgang sowie die Wahl des neuen Papstes Leo XIV. „bereits“ im vierten Wahlgang – man merkt, die Sichtweisen können je nach Anlass unterschiedlich sein.

Zudem bewegt viele von uns der Tod der Holocaustüberlebenden Margot Friedländer, die mit ihrem schlichten Appell „**Seid Menschen!**“ auf beeindruckende Art für ein friedliches Miteinander unabhängig von Nationalität und Religion eingetreten ist.

Die Mai-Sitzung des HPR verlief anders als gewohnt – als Außensitzung in Bochum. Hier gilt unser Dank den Bochumer HPR-Kolleginnen, die für eine gute Organisation vor Ort und einen hochinteressanten Betriebsbesuch bei der Firma Doncasters sorgten. Doncasters fertigt Lauf- und Leitschaukeln für Flugtriebwerke und stationäre Gasturbinen im Feingussverfahren.

Der Betriebsratsvorsitzende sowie der Vertreter der schwerbehinderten Menschen nahmen sich die Zeit, uns durch das Werk zu führen und die verschiedenen Produktionsprozesse zu zeigen und zu erläutern.

### **Auch dafür unser herzlichster Dank!**

Im Austausch mit dem Personalratsvorsitzenden der Bochumer Arbeitsagentur ergab sich eine interessante Diskussion u.a. dazu, wie zentrale Vorgaben und ihre Umsetzung vor Ort immer wieder durch die örtlichen Personalvertretungen wachsam begleitet werden müssen. In einem bestand Einigkeit: Eine gute und transparente Kommunikation ist gerade in Transformationsprozessen unerlässlich.

Auch fachlich hatte die Sitzung ihre wichtigen Inhalte. So die Information, dass nun auch die **arbeitnehmerorientierte Arbeitsvermittlung als „konjunkturereagibler Bereich“** eingestuft wird. Damit wird einer Forderung des HPR gefolgt. Welche konkreten Auswirkungen sich ergeben, ist leider noch nicht bekannt. Wir erwarten jedoch, dass damit eine personelle Unterstützung einfacher ermöglicht werden kann, um die Belastungen durch die derzeitige angespannte konjunkturelle Lage besser auszugleichen.

**Ermächtigungen (befristete Beschäftigungsmöglichkeiten) helfen hier jedoch nur bedingt weiter – deutlich nachhaltiger wären Dauerstellen (ggf. mit kw-Vermerk).**

Zur Weiterentwicklung von ERP-Time erhielten wir die Information, dass bald das bereits angekündigte zentrale Berechnungstool für die Zeitbuchungen bei Dienstreisen integriert wird. Damit werden endlich die unbefriedigenden und regional nicht einheitlichen Exceltools abgelöst. Sicherlich ein dringlich erwartetes Hilfsmittel für alle, die durch viele Außentermine mit der jetzigen Handhabung zurecht unzufrieden sind.



**Wir begrüßen, dass dieser Zustand bald beendet werden kann.**

**Zukunftsprojekt intern (ZuPi):** Für unsere Kolleginnen und Kollegen aus den Personalbereichen der Internen Services und Regionaldirektionen dürften die aktuellen Informationen zur weiteren Zeitschiene in Reaktion auf die geäußerten persönlichen Ansatzwünsche derzeit das interessanteste Thema sein. Dazu stellte **Christian Rauch, Geschäftsführer POE**, im HPR dar, dass die praktizierte Umsetzung der Personalisierung ein Novum im Entscheidungsprozess der BA sei, eine „Herkulesaufgabe“.



Gewerkschaft Arbeit und Soziales

**Vor Ort  
gemeinsam für Sie da!**

[www.vbba.de](http://www.vbba.de)



Er informierte, dass in der Klausurtagung der Personalexperten in der Osterwoche in der Bildungs- und Tagungsstätte Münster, das Gros der Entscheidungen getroffen werden konnte. Für ca. 4.500 Beschäftigte seien die Ansatzwünsche umsetzbar gewesen – lediglich für ca. 50 Kolleginnen und Kollegen bestehe derzeit noch Klärungsbedarf. In der TE II sei eine Überbuchung zu erwarten, die jedoch hingenommen wird. Es sei damit zu rechnen, dass diese in maximal 2 Jahren durch weitere Personalentscheidungen und -entwicklungen ausgeglichen werden könne.

Erfreulich aus unserer Sicht ist auch die Aussage von Herrn Rauch, dass ca. 90 Prozent der Erstwünsche der Kolleginnen und Kollegen realisierbar gewesen seien. Der Beteiligungsprozess der Gremien ist für Anfang Juni vorgesehen, sodass bis Ende Juni 2025 alle Mitarbeitenden persönlich über ihre zukünftigen Dienstposten informiert werden können.

Voraussichtlich könne jetzt auch bald die Entwicklung von Potentialträgerinnen und -trägern beginnen, denen bislang noch keine entsprechenden PE-Maßnahme angeboten werden konnte. Ebenso sei demnächst mit der Ausschreibung der unbesetzten Stellen im Produktcenter Personalgewinnung zu rechnen.

In der konkreten Entwicklung sei derzeit auch das aufgabenbezogene Befähigungskonzept für alle Führungskräfte und Mitarbeitende.

Am 14. Mai 2025 sollen die Geschäftsführungen der Jobcenter im Rahmen des „Zukunftsforum SGB II“ über die neuen Prozesse und Ansprechpartner informiert werden.


## Weitere Informationen aus der Mai-Sitzung

### Zukunftsprojekt operativ (ZuPo) – Planungsstand der Erprobung

Das Zukunftsprojekt der BA operativ (ZuPo) strebt effizientere kundenorientierte operative Prozesse an, Prozesse sollen „Ende zu Ende“ gestaltet werden, sodass eine neue Kultur der Zusammenarbeit und Verantwortung entstehen kann und Kundenanliegen schneller und einfacher bedient werden.

Unter Beteiligung von über 50 Kolleginnen und Kollegen aus der Praxis sowie den zentralen Geschäftsbereichen wurden in einer „Zukunftsfabrik“ Maßnahmen identifiziert bzw. entwickelt, die diese Prozesse unterstützen können. Ein Teil dieser konsolidierten Maßnahmen (aktuell 20) wird im Zeitraum vom 01.06.2025 bis 30.09.2025 dienststellenübergreifend in den drei Bezirken OS Dresden, OS Gießen und OS Hannover erprobt. Diese Erprobungen umfassen verschiedene, standardisierte Bearbeitungsprozesse in den fünf Kundenkernprozessen Arbeitgeber, Arbeitsuchende, Berufseinsteigende im und vor dem Erwerbsleben, Rehabilitanden sowie in Operativen Services und im Kundenportal der Service Center.

Auf Grundlage der dabei erzielten Ergebnisse zum Ende der Projektlaufzeit im Oktober 2025 werden Ableitungen für die Ablauf- und Aufbauorganisation der Agenturen, der Service Center und der Operativen Services getroffen und in ein ganzheitliches und anschlussfähiges Rahmenkonzept für die Flächenorganisation übernommen.

 **Wir haben hinsichtlich des geplanten Zeitablaufs und der Mehrbelastung der betroffenen Kolleginnen und Kollegen unsere Bedenken geäußert. Diesen Prozess werden wir gemeinsam mit den örtlichen Personalvertretungen intensiv begleiten.**

### Aktualisierung Social Media Guidelines – Leitfaden für Beschäftigte der BA zum Umgang mit Social Media mit dienstlichem Bezug

Die Social Media Guidelines der BA wurden überarbeitet. So wurde die Lesbarkeit der Guidelines verbessert und insbesondere Redundanzen aus dem alten Dokument entfernt. Einzige größere Veränderung ist die Entfernung der Passage zu X (ehemals Twitter). Da die BA als Bundesbehörde nicht mehr auf X vertreten ist, dürfen auch die Regionen einen solchen Account nicht mehr nutzen.

### Einführung der MS-Office Add-Ins axesWord / axesSlide für Word bzw. Power-Point


Die Office-Programme Word und Power-Point sollen die Möglichkeit der Integration der Add-Ins axesWord bzw. axesSlide erhalten. Diese ermöglichen die Erstellung von barrierefreien PDF. In einer ersten Welle sollen 500 Lizenzen zur Verfügung gestellt werden, in der zweiten nochmal 1.000. Die Lizenzen können über die Führungskraft im IM-Webshop bestellt werden und sollen in erster Linie Kolleginnen und Kollegen zur Verfügung gestellt werden, welche Inhalte im Intranet und Internet veröffentlichen. Da vorerst nur wenige Lizenzen zur Verfügung stehen, ist eine Einzelfreigabe durch den Bereich Z34 der Zentrale notwendig.

### Bekanntgabe des 30. Änderungsstarifvertrages zum TV-BA sowie des Bewertungskataloges für die Beamtinnen und Beamten der BA

Die im Rahmen der Fach- und Organisationskonzepte „IT-Systemhaus“, „Gesamthaftes Kundenportal“ (EZ und SC) und „Zentrale“ beschriebenen und nach Mitbestimmung des HPR vorläufig arbeitgeberseitig bewerteten Tätigkeiten wurden in Tarifverhandlungen jetzt abschließend bewertet. Es wurden Funktionsstufen neu vereinbart bzw. geändert.

**Dabei ist es besonders erfreulich, dass es in intensiven Verhandlungen zum Fachkonzept „Gesamthaftes Kundenportal“ gelungen ist, eine zusätzliche Funktionsstufe für TSB mit der übertragenen Aufgabe SOC-L (Service Online Center mit Leistungs-Knowhow) zu erwirken.**

Außerdem wurde nun auch tarifvertraglich klargestellt, dass es bei der Wahrnehmung einer Aufgabenkombination von mindestens zwei Aufgabengebieten (Telefonie SGB III, Telefonie SGB II, Telefonie Familienleistungsausgleich und Technischer Support) für TSB, FiT und TL in den SC des Zentralen Belastungsausgleichs (ZBA) eine zusätzliche Funktionsstufe gibt. Bisher war hier durch die Formulierung „zwei Rechtskreise“ die Aufgabenkombination mit dem „Technischen Support“ tariflich nicht geregelt.

 **Trotz aller Argumente und Bemühungen ist es uns leider nicht gelungen, eine Funktionsstufe für die Paten zu erreichen – hierzu war die BA nicht bereit.**

Im Zuge der Tarifeinigung zum **Fachkonzept „IT-Systemhaus“** haben sich die Tarifvertragsparteien auf die Ablösung der bisherigen Remotearbeit als Sonderform der Arbeit durch die IT-Betriebsbereitschaft zum 1.7.2025 verständigt. IT-Betriebsbereitschaft kann weiterhin nur im IT-Systemhaus sowie in Bereichen des BA-SH angeordnet werden. Mit der Neuregelung ist es künftig unerheblich, an welchem Ort die Beschäftigten ihre Arbeit zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der IT erbringen (im Rahmen von Mobilarbeit oder in der Dienststelle). In zeitlicher Hinsicht ist für die Anordnung und Ableistung der IT-Betriebsbereitschaft künftig ein klar definierter Rahmen (an Samstagen, Sonntagen oder in der Zeit von 18 Uhr bis 6 Uhr) vorgegeben. Außerhalb dieses Rahmens kann IT-Betriebsbereitschaft nicht angeordnet werden. Für diese Zeiten ist bei Bedarf auf die übrigen im TV-BA zur Verfügung stehenden Sonderformen der Arbeit zurückzugreifen bzw. die Arbeitsleistung wird regulär innerhalb des Arbeitszeitrahmens entweder mobil oder in der Dienststelle erbracht. Hinsichtlich der Stundengarantie gelten für die IT-Betriebsbereitschaft künftig dieselben Regelungen wie für Rufbereitschaft.

Die bisher übertariflich gewährte Funktionsstufe für „IT-Sicherheitsverantwortliche“ wird tarifiert. Zudem werden die Funktionen „IT-Fachbetreuung“, „Web-Autor/-in“ und „IT-Sicherheitsverantwortliche“ unter der Überschrift „IT-Funktionen“ zusammengefasst und unterliegen tarifvertraglich einem Kumulationsverbot. Damit wird insbesondere einer einseitigen, ggf. übermäßigen zeitlichen Beanspruchung einzelner Aufgabenträger/innen durch IT-bezogene Aufgaben entgegengewirkt. Im Übrigen ist wie bisher die Übertragung mehrerer funktionsstufenbewerteter Zusatzaufgaben auf einzelne Mitarbeitende zur Vermeidung einer zeitlichen

und inhaltlichen Überforderung sorgfältig zu prüfen. Insbesondere soll die Kumulation von tätigkeitsunabhängigen und tätigkeitspezifischen Zusatzaufgaben bzw. -Rollen/Funktionen die Ausnahme darstellen.

Der 30. Änd.-TV zum TV-BA tritt mit Wirkung vom 1.7.2025 in Kraft. Für die mit den jeweiligen Fach- und Organisationskonzepten verbundenen tariflichen Änderungen gelten für das Inkrafttreten die folgenden Zeitpunkte: „IT-Systemhaus“ 1.1.2024; „Gesamthafte Kundenportal“ 1.10.2024; „Zentrale“ 1.1.2025. Das erzielte Tarifergebnis zu den Fach- und Organisationskonzepten wird – soweit systembedingt möglich – auf die Beamtinnen und Beamten der BA übertragen.

### **Information zur Führungsorganisation – Errichtung einer Berliner Agentur für Arbeit**

Der Vorstand der BA hat am 6.3.2025 die Organisationsentscheidung getroffen, die bisherigen drei Arbeitsagenturen in Berlin zu einer Agentur für Arbeit Berlin zu fusionieren.

**Aus unserer Sicht gibt es keine Argumente, die diese Überlegungen nachvollziehbar und plausibel begründen. Entstehen würde eine Agentur mit über 3.000 Beschäftigten, was sowohl führungstechnisch als auch in der Arbeit der Beschäftigtenvertretungen mehr als herausfordernd wäre. Wir erwarten deshalb ein Umdenken! Der HPR wird – auf Basis der Rückmeldungen der drei Berliner Personalräte – zu dieser Vorlage eine negative Stellungnahme abgeben.**

### **Durchführung der Pilotierung: Digitale Unterstützung der Internen Services Personal durch ein Dokumenten-Management-System (DMS)**

Aktuell werden in den bundesweit 43 Internen Services Personal der Agenturen für Arbeit und Besonderen Dienststellen jährlich rund 40.000-mal Personaleinzelvorgänge zu Themen wie Änderungen der Arbeitszeit oder Gewährung von Funktionsstufen und Gehaltsbestandteilen durchgeführt. Dies erfolgt in eigenen Verfahren, die weitgehend papierbasiert, mit vielen Medienbrüchen und mit redundanten Dateneingaben verbunden sind. Insgesamt handelt es sich um eine personalintensive Umsetzung der zum Teil einfachen administrativen Aufgaben.

Im Rahmen der Pilotierung soll die Bearbeitung dieser Prozesse standardisiert durch die Standorte Chemnitz, Regensburg und im BA-SH umgesetzt werden. Die Pilotierung ist nach aktueller Planung in drei Phasen gegliedert. In der 1. Phase ist bis 18.7.2025 die Einführung des DMS für die Prozesse Gewährung Funktionsstufen, Änderung der Arbeitszeit (einschl. Arbeitszeitverkürzung nach §3 AZV) sowie Änderung der Lage und Verteilung bei der Arbeitszeit vorgesehen.

Die Pilotierung soll evaluiert werden. Die Evaluation erfolgt so, dass Ergebnisse anonymisiert gewonnen bzw. so aufbereitet werden, dass die Ergebnisse keine Rückschlüsse auf einzelne Beteiligte zulassen. Mitarbeiterbezogene Auswertungen, die einen Rückschluss auf Leistung und/oder Verhalten ermöglichen, sind auch mit den Funktionen des DMS-HR für keine der beteiligten Mitarbeiter-Gruppen möglich.

### **Durchführung der Aktenvorbereitung für die Digitalisierung der Personalbestandsakten**

#### **Veröffentlichung der aktualisierten Personalaktenrichtlinie der BA (PA-RL)**

Mit der Einführung eines Dokumenten-Management-Systems (DMS-HR) als Teil des HR- & IT-Programms soll die Umstellung der Personalbestandsakten in den personalaktenführenden Stellen (Interne Services Personal der AA und BA-SH, Fachbereich POE 41 der Zentrale und Geschäftsbereich PQI des IAB) auf die digitale Personalakte erfolgen. Dies schließt auch die Digitalisierung der Personalbestandsakten ein.

Mit der Weisung werden die Maßnahmen zur Vorbereitung der Personalbestandsakten-Digitalisierung geregelt. Darüber hinaus wurden die Personalaktenrichtlinie der BA sowie die Durchführungshinweise als neuer Abschnitt 1.6 in das Handbuch Personalrecht/Gremien (HPG) überführt und aktualisiert.

Um die Personalbestandsakten in das künftige digitale Dokumenten-Management-System überführen zu können sind umfangreiche Aktenvorbereitungen erforderlich. Ca. 45 Millionen (!) Seiten müssen gesichtet, datenschutzkonform vernichtet oder eingescannt werden. Das Scannen erfolgt in 4 Scan-Centern, die von einem externen Anbieter eingerichtet werden.

Es wird davon ausgegangen, dass im Schnitt die Vorbereitung jeder Personalakte ca. zwei Stunden Zeitaufwand bedeutet! Diese Arbeiten können vom Stammpersonal nicht geleistet werden. Deshalb können ab Mai 2025 zusätzliche Kräfte zur Erledigung der Aufgaben eingestellt werden, damit die Akten entsprechend der aktualisierten Personalaktenrichtlinie vorbereitet werden können. Die Aktenvorbereitung soll – Planung heute – bis September 2026 abgeschlossen werden.



**Wir begrüßen, dass entsprechende personelle Ressourcen zur Aufbereitung der Personalakten zur Verfügung gestellt werden.**

### **Einführung des ISM-Bots zur Unterstützung der IT-Sicherheitsverantwortlichen**

Ab dem 1. Juni soll den IT-Sicherheitsverantwortlichen der ISM-Bot bereitgestellt werden. Dieser ist ein KI-Assistent und greift bisher auf das BSI-IT-Grundschutz-Kompendium, die Richtlinien zur Informationssicherheit und weitere Sicherheitsanforderungen des ISM zurück. Dem Assistenten können dann (ähnlich wie Chat-GPT) IT-sicherheitsrelevante Fragen gestellt werden. Er soll dadurch den IT-Sicherheitsverantwortlichen bei Fragen und Anfragen den Arbeitsalltag erleichtern.



**Gewerkschaft Arbeit und Soziales**



**Gemeinsam  
Zukunft gestalten ...**

**www.vbba.de**

## SGB II aktuell

### Alarmierende Haushaltslage in vielen Jobcentern

#### Forderung an neue Bundesregierung

Wir beobachten in vielen Jobcentern mit Sorge die Entwicklung der Personalausstattung, da Stellen bewusst nicht nachbesetzt werden sollen.

Die **Aufstellung von Kapazitätsplänen** ist komplex und aus Sicht der vbba Ausdruck eines **Mangels einer echten Personalbemessung**.

Aktuell hat die Arbeitsgruppe der **Jobenterpersonalräte** eine Überlastungsanzeige erstellt, die auf die immense **Arbeitsbelastung** der Beschäftigten hinweist. Die Arbeitsverdichtung und Personalfuktuation führt zu ansteigenden Krankheitszeiten der verbleibenden Kolleginnen und Kollegen.

In dieser ohnehin schon prekären Situation wird vielerorts von den Geschäftsführungen erwartet, dass sie **unterjährig freiwerdende Stellen** durch Abgang in Rente / Pension / Kündigung / Krankengeldanspruch **nicht nachbesetzen** sollen, obwohl die Kapazitätspläne diesen Personalbedarf bescheinigen. Dies ist dem Umstand geschuldet, dass in den Jobcentern der **Verwaltungshaushalt nicht Bedarf deckend ist** und Umschichtungen aus dem Eingliederungstitel (EGT) in den Verwaltungshaushalt erfolgen müssen, um die Arbeitsfähigkeit zu gewährleisten.

In diesem Jahr scheinen die Träger vielerorts aber nicht bereit zu sein, die erforderlichen Mittel umzuschichten, um den EGT nicht zu belasten. Sollte diese absurde Vorgehensweise umgesetzt werden, wird dies zu einer zusätzlichen Belastung der Mitarbeitenden führen.

**Wir – die Fachgewerkschaft in den Jobcentern und Arbeitsagenturen – fordern die Träger der Jobcenter auf, die Kapazitätspläne auszuschöpfen, um unsere Kolleginnen und Kollegen nicht noch weiter zu belasten.**

**Von der kommenden Bundesregierung fordern wir schon jetzt für die Zukunft einen den Bedarf auch deckenden Verwaltungshaushalt.**



## vbba Informationen

### Fehlende Entlastung – trotz Digitalisierung

#### Endstation Online-Arbeitslosmeldung



Die Belastungssituation in den Eingangszonen der Agenturen für Arbeit bundesweit ist bekanntlich sehr hoch.

Eigentlich sollte die Digitalisierung einen Beitrag leisten, diese Belastung zu reduzieren.

Derzeit besteht jedoch eine **„Abbruchkante“** in einem Kernprozess im Kundenportal bei der Online-Arbeitssuchend/-los-Meldung im SGB III, die eine weitergehende Entlastung verhindert.

Etwa 50% der Kundinnen und Kunden melden sich zwar online arbeitssuchend, aber nur 15% vollziehen den nächsten Schritt und melden sich auch online arbeitslos (Quelle: Online-Cockpit).

Aus unserer Sicht ist die **Benutzeroberfläche** der Online-Meldung nicht intuitiv. Die derzeitige Gestaltung führt den Nutzer nicht zur möglichen Arbeitslosmeldung. Sie verleitet, die Online-**Arbeitssuchend**-Meldung zu beenden, ohne zu erkennen, dass eine Online-**Arbeitslos**-Meldung direkt möglich und sinnvoll wäre. Das provoziert den Medienbruch – mit der Konsequenz, dass der überwiegende Teil der Menschen, die sich online arbeitssuchend melden, dann doch persönlich zur Arbeitslosmeldung in den Eingangszonen vorsprechen.

**Wir fordern, diesen und ggf. weitere Abbruchgründe zu reduzieren, damit die Eingangszonen endlich effektiv durch die Digitalisierung entlastet werden. Wir gehen davon aus, dass durch kurzfristig realisierbare redaktionelle Änderungen der Benutzeroberfläche zur Online-Arbeitssuchendmeldung die Menge der Online-Arbeitslosmeldungen signifikant steigen werden. Damit können Kundenvorsprachen vor Ort reduziert werden.**

 **vbba**  
Gewerkschaft Arbeit und Soziales



**Aktiv fordern, nicht abwarten!**

[www.vbba.de](http://www.vbba.de)

## Psychische Gesundheit

Anlässlich des 13. Deutschen Diversity-Tag am 27. Mai 2025 legen wir den Fokus auf das Thema Psychische Gesundheit.

Die „Grüne Schleife“ steht international für eine Gesellschaft, die einen offenen Umgang mit psychischen Erkrankungen pflegt und die psychisch erkrankte Menschen respektiert und unterstützt.

Mit dem Tragen der „Grünen Schleife“ setzt man ein klares Zeichen für die Akzeptanz betroffener Personen und gegen deren Ausgrenzung.



### Seelische Leiden gehen uns alle an!

**Sie dürfen nicht tabuisiert werden, sondern sollten im Bewusstsein aller präsent sein. So erkrankt in Deutschland im Zeitraum eines Jahres etwa jede/jeder Dritte an einer psychischen Erkrankung.**

Psychische Belastungen am Arbeitsplatz können sich vielgestaltig auf die seelische Gesundheit auswirken. Sehr häufig sind dies Stressreaktionen, die in Burnout, Angst oder Depressionen münden. Diese werden übersehen oder unsichtbar gemacht, oft aber auch von Kolleg\*innen und Führungskräften stigmatisiert. Menschen, die erkranken, werden häufig ausgegrenzt, oftmals aus Unkenntnis und Unsicherheit im Umgang damit. Umso wichtiger ist es, über das Thema aufzuklären und einen angemessenen Umgang damit zu erleichtern.

Ständiger Wandel durch neue Technologien sowie steigende Komplexität und Anforderungen am Arbeitsplatz sind häufig Auslöser für psychische Erkrankungen. Aber auch Konkurrenzverhalten unter den Beschäftigten, ein schlechtes Betriebsklima, ein toxisches Arbeitsumfeld, eine unzureichende Work-Life-Balance und Stress am Arbeitsplatz können dazu beitragen.

Psychische Erkrankungen oder Belastungen führen häufig zu langwierigen Krankschreibungen oder einem Komplettausfall, die eine Arbeitsverdichtung im ganzen Team zur Folge haben können. Wird das Thema psychische Erkrankungen tabuisiert, suchen sich Betroffene oft zu spät Hilfe. Erkrankungen können dadurch chronisch werden, die Leistungsfähigkeit leidet möglicherweise auf Dauer und unwiederbringlich.

### Wir bitten Sie daher

- Symptome bei sich selbst frühzeitig zu beachten, diese ernst zu nehmen und sich ggf. fachliche Hilfe zu holen,
- achtsam mit Kolleg\*innen umzugehen, die psychisch erkrankt sind und diese nicht auszugrenzen

### Wir erwarten von der BA als Arbeitgeberin

- für das Thema Psychische Erkrankungen regelmäßig zu sensibilisieren und Angebote für Mitarbeitende, Führungskräfte und Betroffene zur Verfügung zu stellen,
- proaktiv für ein gesundes Arbeitsumfeld für alle Beschäftigten einzutreten,
- die konsequente Umsetzung und Nachhaltung der Weisung 202407013 vom 25.07.2024 „Gute Arbeitsbeziehungen und Arbeitsbedingungen gestalten – Weiterentwicklung der Gesundheitsstrategie 2025 der BA“ sicherzustellen

### Angebote im Intranet der BA

- PPT des BPS: „Psychische Gesundheit: Was schadet, was hilft.“
- Vortrag Lea Schuller: „Psychische Belastungen/Erkrankungen erkennen und ansprechen“
- Handbuch Interner Dienstbetrieb: Psychische Gesundheit Gefährdungsbeurteilungen zu psychischen Belastungen bei der Arbeit
- Weisung zur Weiterentwicklung des Betrieblichen Gesundheitsmanagements (BGM)



# Gewerkschaft Arbeit und Soziales

**vbba – wir stehen für Vielfalt ein**

## Nehmen Sie Ihr BEM-Angebot an?!

Im Sommer 2024 wurde die Weisung zur BA-Gesundheitsstrategie angepasst. Das Betriebliche Eingliederungsmanagement (BEM) sollte attraktiver werden. Die Mitarbeitenden sollten mehr Vertrauen ins BEM bekommen, die Inanspruchnahme steigen.

### Soweit gut gedacht, aber auch gut gemacht?!

Mit Blick auf die Zusammensetzung des Integrationsteams sehen wir das **nicht so!**

Die BA sieht hier nur die Personalberatung als „gesetz“ und alle sonstigen Mitglieder des Integrationsteams (z.B. Personalrat, Schwerbehindertenvertretung) wären erst dann dabei, wenn die betroffene Person dies im Gespräch mit der Personalberatung ausdrücklich wünscht.

Ein Blick ins Gesetz zeigt schnell, dass das falsch ist. So legt der § 167 Abs. 2 SGB IX eindeutig fest, dass neben dem Arbeitgeber **immer** auch die Personalvertretung Teil des betrieblichen Eingliederungsmanagements und somit auch Mitglied des Integrationsteams ist – bei schwerbehinderten Menschen auch die Schwerbehindertenvertretung.

### Wir fordern daher, die Weisung zu korrigieren und gesetzeskonform anzupassen!

Die aktuelle Weisungslage könnte zur Verunsicherung und im schlimmsten Fall dazu führen, das BEM-Angebot erst gar nicht anzunehmen.

### Lehnen Sie ihr BEM-Angebot nicht vorschnell ab!

Selbstverständlich haben Sie auch weiterhin die Möglichkeit, vorab ein unverbindliches Informationsgespräch mit den Personen Ihres Vertrauens (z.B. Personalrat, Schwerbehindertenvertretung) zu führen. Sprechen Sie diese Kolleginnen und Kollegen unbedingt an, sie verfügen über Erfahrung mit dem Thema BEM.

### Sie sind nicht allein!



### Fragen zu diesem Themenkomplex?

Ansprechpartner/innen der vbba vor Ort und die Grundsatzkommission 2 (<https://www.vbba.de/das-sind-wir/grundsatzkommissionen/gk2/>) sind für Sie da.

## Rechnungsprüfung in der neuen Bundesgeschäftsstelle



Die Bundesrechnungsprüfer und die Bundeschatzmeisterin in der neuen Geschäftsstelle

Foto: Franziska Richter

Diesmal fand die Bundesrechnungsprüfung in der neuen Bundesgeschäftsstelle in Nürnberg vom 13. bis 15. März statt. Von den Rechnungsprüfern dabei waren: Sebastian Weiß, Joachim Morawietz und Franziska Richter. Diesmal wurde das 2. Halbjahr 2024 geprüft. Die Bundeschatzmeisterin Eva Schmauser und der Bundesgeschäftsstellenleiter Uwe Mayer standen uns zur Seite und konnten alle unsere vielen Fragen beantworten. Zur Prüfung stand alles korrekt bereit, so dass wir direkt ans Werk gehen konnten – vielen Dank dafür. Die Prüfung konnte nach drei intensiven Tagen erfolgreich abgeschlossen werden.

Auf diesem Weg wollen wir unserem vierten Mann im Bunde eine Gute Besserung wünschen und hoffen ihn in der nächsten Rechnungsprüfung dabei zu haben.

Text: Franziska Richter

 **vbba**  
Gewerkschaft Arbeit und Soziales

**Vor Ort  
gemeinsam für Sie da!**

[www.vbba.de](http://www.vbba.de)

## Neue Mitglieder im Fokus: Starker vbba-Auftritt bei SBV-Bundesversammlung

Die vbba zeigt Präsenz im Tagungswerk der Jerusalemkirche in Berlin-Kreuzberg: Hier trafen sich zum 13. Mal mehr als 100 Delegierte aus ganz Deutschland zur Vollversammlung der Vertrauenspersonen für Menschen mit Behinderungen in den Jobcentern. Der stark frequentierte vbba-Stand wurde von der Landesgruppe Berlin-Brandenburg im Auftrag der Bundesleitung initiiert.

Die Landesvorstandsmitglieder Ulrich „Ulli“ Döhl und Michael Elste, der übrigens auch noch die Vollversammlung moderiert hat, können eine positive Bilanz vom dreitägigen Einsatz am vbba-Stand ziehen: „Einige Teilnehmende haben gleich online am Tablet ihren Beitritt erklärt.“ Hoch im Kurs unter den Teilnehmenden liegen die Broschüren und Werbemittel, die wie jedes Jahr am Stand ausliegen. Ungeachtet dessen fungiert der Stand natürlich wieder als beliebter Pausentreff unter den Delegierten.

„Für die vbba ist der Treffpunkt ein echter Volltreffer in punkto Mitgliederwerbung“, sind Michael Elste und Ulli Döhl überzeugt. „Die vbba gibt im Tagungswerk der Jerusalemkirche eine Visitenkarte ab, die beim Publikum gut ankommt.“

Apropos Tagungswerk: Die barrierefreie Location in Kreuzberg hat sich im Laufe der Jahre als fester Veranstaltungsort etabliert. Der geschichtsträchtige Ort war bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs ein lutheranisch-calvinistisches Gotteshaus. Die Weltkriegsruine des einstmaligen Prachtbaus wurde im Jahr 1961 gesprengt. Der Wiederaufbau beherbergt heute das Tagungswerk, das aufgrund seiner zentralen Lage und der



Anziehungspunkt auf der SBV-Bundesversammlung ist erneut der vbba-Stand

Foto: Thorsten Wils

Barrierefreiheit gern für Events, Konferenzen und andere Anlässe genutzt wird. Auch die nächste Bundesversammlung im Jahr 2026 wird hier wieder stattfinden – erneut begleitet von einem vbba-Infostand.

Text: Bernhard Brügger

## Zum Maifeiertag im Roten Rathaus: vbba-Landesführung auf Tuchfühlung mit Kai Wegner

**Der Mai-Empfang für die Arbeitnehmervertretungen im Roten Rathaus hat Tradition. So lädt der Regierende Bürgermeister von Berlin, Kai Wegner, auch in diesem Jahr wieder am Vorabend des 1. Mai die Berliner Gewerkschaften ein.**

Die vbba-Landesgruppenvorsitzende Janina Hildebrandt und ihre Stellvertreterin Karin Schneider folgten der Einladung und nutzten dabei die Möglichkeit, sich mit den Kolleginnen und Kollegen anderer Ge-



werkschaften auszutauschen. Kai Wegner dankte den Arbeitnehmervertretungen für Engagement und Einsatz. „Wir arbeiten gern mit den Gewerkschaften zusammen“, so der Regierende Bürgermeister. Es würden Gespräche auf Augenhöhe stattfinden, was wichtig für einen konstruktiven Dialog sei. Sich gegenseitig zuzuhören, sei die Grundvoraussetzung für eine gute Zusammenarbeit.

Kritisch betrachtet Wegner die politischen Entwicklungen und die Angriffe auf die Demokratie. Eine starke Demokratie gäbe es nur mit starken Gewerkschaften, betont Wegner und macht darauf aufmerksam, wie wichtig die Arbeit der Arbeitnehmervertretungen ist. Es sei die Aufgabe aller, die Menschen wieder für die Demokratie zu begeistern. Wegner erklärte darüber hinaus, dass die derzeitige Regierung in Berlin nicht die Fehler der Vergangenheit wiederhole und den öffentlichen Dienst kaputtsparen wolle. „Berlin ist die Stadt der Vielfalt“, so Wegner. Und Vielfalt sei eine große Chance. Nicht nur als Unterzeichnerin der „Charta der Vielfalt“ ist auch die vbba eine Gewerkschaft der Vielfalt. „Wir sind für alle Beschäftigten da – unabhängig ihrer Herkunft, Religion oder ihres Geschlechts“, unterstreicht Janina Hildebrandt.

Text: Janina Hildebrandt

Janina Hildebrandt und Karin Schneider sind beim Mai-Empfang im Roten Rathaus dabei

Foto: Janina Hildebrandt

## Seniorengruppe unterwegs: Ein Ausflug ins Klosterleben

Das Benediktinerinnen-Kloster der Abtei St. Gertrud besuchten die dbb Senioren Berlin-Brandenburg. Über 40 Mitglieder der dbb-Gewerkschaftsfamilie folgten der Einladung in der Osterwoche – darunter die vbba-Seniorenvertreter auf Bundesebene Horst Wisniewski und Ulrich Döhl. Vor der Klosterführung richteten die Gewerkschafter im Rahmen einer Kaffeerunde ihre Fragen an die Klosterschwester Johanna.

Gegründet wurde die Gemeinschaft 1919 in Berlin von katholischen Krankenschwestern des Roten Kreuzes. Diese zogen später nach Alexanderhof und konnten ihre Gemeinschaft als eines der wenigen Klöster in der DDR erhalten. „Wer sich die Abtei als ein altherwürdiges Gemäuer vorgestellt hatte, wurde eines Besseren belehrt“, bemerkt Horst Wisniewski. „Solar Kollektoren auf dem Dach, helle freundliche Räume und schön ausgestattete Ferienwohnungen zeugen davon, dass das Kloster auf der Höhe der Zeit liegt.“ Auch wenn es um die Finanzierung der Gemeinschaft geht. „Ferienwohnungen mit Vollpension oder zur Selbstversorgung inklusive Küchennutzung werden zu moderaten Preisen vermietet“, so Horst Wisniewski mit seinem Tipp für alle Alltagsgestressten, die Ruhe und Abgeschiedenheit lieben. Die Klosterbäckerei fertigt Oblaten – und zwar nicht nur für den Eigenbedarf, sondern in großer Zahl auch für andere kirchliche Einrichtungen sowie für Schulungen.

„In der Klostergemeinschaft gibt es kein Privateigentum“, berichtet Horst Wisniewski. „Alle Einnahmen fließen in einen Topf, aus dem der Unterhalt für die Bewohnerinnen und für die Gebäude bestritten wird.“ Dies gelte ebenso für individuelle Einkünfte, die die Nonnen erzielen. Übrigens: „In das Klosterleben eintreten können bei den Benediktinerinnen nur volljährige Frauen mit abgeschlossener Ausbildung.“

Zum Klosterbesuch gehört natürlich auch eine Führung: „Auf dem Weg zur Kapelle kamen wir am Glockenturm vorbei, dessen Glocke mit der Inschrift ‚Ora et Labora‘ versehen war.“ Das Motto bete und arbeite gelte für jedes Ordensmitglied ein Leben lang, solange es die Gesundheit erlaube. „Bei starken gesundheitlichen Einschränkungen oder Beeinträchtigungen erfolgt die Pflege durch die übrigen Schwestern“, berichtet Horst Wisniewski. Zum Abschluss der Führung erlebten die Teilnehmenden noch ein kleines Orgelkonzert von Schwester Johanna. „Und wer Interesse hat, sich das Klosterleben vor Ort zu betrachten, wird im Internet unter [www.klosteralexanderdorf.de](http://www.klosteralexanderdorf.de) fündig oder nimmt Kontakt auf via E-Mail unter [abtei\(at\)klosteralexanderdorf.de](mailto:abtei(at)klosteralexanderdorf.de).“

*Text: Horst Wisniewski*



*Schwester Johanna führt die vbba-Mitglieder durch die Klosterabtei St. Gertrud*

*Foto: Horst Wisniewski*

 vbba

Gewerkschaft Arbeit und Soziales

**Vor Ort gemeinsam für Sie da!**

[www.vbba.de](http://www.vbba.de)



## vbba-Gruppe Aschaffenburg



Alexander Kunkel, Petra Zang, Gerd Hubert (von links) Foto: Alexander Kunkel

### Jahresversammlung

Zur Jahresversammlung der regionalen Gruppe Aschaffenburg informierte der örtliche Vorsitzende Alexander Kunkel über die aktuellen Ereignisse. Im Rahmen der Jahresversammlung war es erforderlich eine neue Seniorenvertretung zu wählen. Einstimmig wurden Petra Zang als Seniorenvertreterin und Gerd Hubert als stellvertretender Seniorenvertreter gewählt. Dem bisherigen Seniorenvertreter Erwin Heck wurde für seine Tätigkeit ausdrücklich gedankt. Zum Abschluss der Veranstaltung wurde Doris Jäger für eine 40jährige Mitgliedschaft geehrt. Mit einem gemeinsamen Mittagessen (von unserer Küchenfee gezaubert) endete die Veranstaltung.

Text: Alexander Kunkel



Alexander Kunkel, Doris Jäger

Foto: Alexander Kunkel

## vbba-Gruppe Schwandorf

### Jahrestreffen in Schwandorf

Die regionale vbba Gruppe Schwandorf fand sich am 14. Mai zum Jahrestreffen im Gasthaus „Schmidt-Bräu“ in Schwandorf zusammen.

Neben dem Bericht des Ortsvorsitzenden Christian Roth standen auf der Tagesordnung noch Informationen des Seniorenvertreeters Günther Kaspari und Ehrungen.



Die regionale Gruppe Schwandorf zählt zu den stärksten Gruppen in Bayern. In 2024 konnten wir sechs neue Mitglieder in unseren Reihen begrüßen.

Christian Roth gab uns eine Zusammenfassung zu den Tarifverhandlungen und einen Rückblick auf den Landesgewerkschaftstag 2024 in Riedenburg sowie der Bundeshauptvorstandssitzung im April 2025.

Im Plenum wurden Erfahrungen bzgl. der Beihilfe bei der Postbeamtenkrankenkasse ausgetauscht und Günther Kaspari bot seine Hilfe bei der App-Nutzung bei Bedarf an. Außerdem wurde der Notfallordner des dbb vorgestellt, der von jedem Mitglied bestellt werden kann.

Für eine 40 Jahre Mitgliedschaft wurden Hans-Michael Übelacker und Günther Kaspari geehrt. Die Ortsgruppe freut sich sehr so langjährigen, treuen Mitglieder den Dank und die besten Wünsche aussprechen zu können.

Nach dem offiziellen Teil waren alle Anwesenden zu einem Abendessen eingeladen und wir ließen den Abend mit einem Austausch und schönen Gesprächen ausklingen.

Text: Nadja Kellermeier

Geehrt wurden für 40 Jahre:  
Hans-Michael Übelacker und Günther Kaspari

Foto: Nadja Kellermeier

## vbba-Gruppe Duisburg



Foto: Norbert Linn

### Mitgliederversammlung

Die vbba Gruppe Duisburg lud zur ersten Mitgliederversammlung in diesem Jahr und der Vorsitzende Norbert Linn begrüßte viele alte und neue Mitglieder.

Erinnert wurde an mehrere Versammlungen und Aktionen. Einen Ausblick auf das neue Jahr gab es auch.

Gespannt waren alle Mitglieder auf den Vortrag von Simone Thölke, vbba Vorsitzende NRW aus Köln. Simone gab uns plastisch erste Informationen zum Stand der Tarifforderungen und den wenigen Angeboten der Arbeitgeber. Bisher konnte keine Einigung erzielt werden und Simone

erläuterte das Schlichtungsverfahren und wie es danach weitergeht. Anschließend wurde lebhaft und kontrovers diskutiert - offen blieb aber immer, ob es ein gutes und akzeptables Angebot der Arbeitgeber geben würde.

Gespannt warten wir nun auf die nächste Woche und das Ergebnis der Schlichtung.

Unser herzlicher Dank geht an Simone Thölke für ihr Kommen und die vielen Infos aus erster Hand.

Text: Norbert Linn

## JC Treptow-Köpenick

### Personalversammlung

#### vbba weckt Interesse an Gewerkschaftsarbeit

Die vbba ist im Jobcenter Berlin Treptow-Köpenick extrem gut aufgestellt und organisiert. Auch auf der jüngsten Personalversammlung im historischen Bunsensaal der Wista Adlershof bestätigt sich diese starke Rolle.

Mit Chris Heldt, dem Vorsitzenden der vbba-Bundesjugendleitung, begrüßt ein neues Gesicht im PR-Vorstand die zahlreich erschienenen Beschäftigten vom Jobcenter Berlin Treptow-Köpenick. Die Neuwahl des PR-Vorstands mit Chris Heldt als Stellvertreter ist aufgrund des kurzfristigen Rücktritts des bisherigen Vorsitzenden erforderlich geworden.

Wichtige Aushängeschilder für die vbba sind zudem Thorsten Wils, der vor einem halben Jahr erneut mit viel Engagement die Führung der Gruppe Berlin Süd übernahm, und Barbara Haak, die vbba-Kontaktperson im Jobcenter. Die starke vbba-Präsenz auf der Personalversammlung komplettiert PR-Mitglied Janina Ronacher.

„Viele Beschäftigte haben vor, während und nach der Personalversammlung sowie in den Pausen unseren vbba-Stand besucht“, bilanziert Thorsten Wils. „Hier liefern wir wertvolle Informationen zur Gewerkschafts- und Personalratsarbeit aus erster Hand.“ Thorsten Wils lobt die Unterstützung durch die am Stand engagierten vbba-Mitglieder. Es sei wieder einmal gelungen, (noch) nicht organisierte Beschäftigte für die Gewerkschafts- und Personalratsarbeit zu interessieren.



Thorsten Wils, Barbara Haak, Janina Ronacher und Chris Heldt (v.l.) stehen den Jobcenter-Beschäftigten mit Rat und Tat zur Seite

Foto: Thorsten Wils

Auch thematisch bietet der Info-Stand der vbba am Rande der Personalversammlung viel Raum: „Neben den Themen Sicherheit und Gesundheit wurde der kürzlich ausgehandelte Tarifvertrag der BA offen diskutiert“, berichtet Thorsten Wils. „Zentrale Forderung der Beschäftigten bleibt weiterhin eine faire und gerechte Bezahlung für die den Jobcentern zugewiesenen Kolleginnen und Kollegen – und zwar unabhängig von der Trägerherkunft.“

Schöne Geste zum entspannten Ausklang nach der arbeitsintensiven Veranstaltung: Der Gruppenvorsitzende Thorsten Wils lädt die PR-Mitglieder und PR-Ersatzmitglieder der vbba-Liste zum Lunch ins italienische Restaurant „Il due amici“ in Adlershof ein. „Ich will damit meine Wertschätzung der Landesgruppe für die gute Arbeit im vergangenen halben Jahr zum Ausdruck zu bringen“, hebt Thorsten Wils hervor.

Text: Bernhard Brügger

# Frauenpolitische Fachtagung

## Richtung Zukunft: Gemeinsam für Frauenrechte und Demokratie im Kampf gegen Extremismus



Mitglieder der vbba-Frauenvertretung  
auf der Tagung

Foto: Veronique Meier

Am 15. Mai fand die 19. Frauenpolitische Fachtagung der dbb Bundesfrauenvertretung im dbb Forum in Berlin statt, an der auch der Vorstand der vbba Frauenvertretung sowie einige Landesfrauen unserer Gewerkschaft teilnahmen.

Das diesjährige Thema „Richtung Zukunft: Frauenrechte stärken und Demokratie bewahren im Kampf gegen Extremismus und Populismus“ erwies sich als hochaktuell und von immenser Bedeutung.

Die Begrüßung durch Milanie Kreutz, Vorsitzende der dbb Frauenvertretung, setzte den thematischen Rahmen. Ihre eindringlichen Worte machten deutlich, dass die Bedrohung durch Extremismus weit über abstrakte Gefahren für die Demokratie hinausgeht. Sie betonte, dass Extremismus eine konkrete Gefahr für die Lebensrealität und die Rechte von Frauen darstellt. Es sei ein Angriff auf Autonomie, Sichtbarkeit und Teilhabe. Sexismus, Queerfeindlichkeit und Rassismus werde salonfähiger, angetrieben durch den Katalysator der sozialen Medien. Die gesellschaftliche Debatte werde für Frauen rauer. Die Diskussion um Fördermittel für Gleichstellungsbeauftragte und Gleichstellungsarbeit häufe sich. Frauen, die sich einmischen, würden als Ideologinnen beschimpft. Im aktuellen 21. deutschen Bundestag, der nach der Wahl am 23. Februar 2025 gebildet wurde, sind nur noch 204 der 630 Abgeordneten weiblich. Das entspricht einem Anteil von 32,4 Prozent. „Wer Frauenrechte einschränkt, schränkt Grundrechte ein - und bedroht damit das Fundament unserer offenen Gesellschaft“, so Kreutz. Dieser klare Appell unterstrich die Notwendigkeit, Frauenrechte und demokratische Strukturen gemeinsam und entschieden zu verteidigen.

Volker Geyer, stellvertretender dbb Bundesvorsitzender, erinnerte in seiner Rede daran, dass Demokratie kein Selbstläufer und keine Selbstverständlichkeit ist und Gleichberechtigung kein abgeschlossener Prozess. Es bedürfe ständiger Anstrengung, insbesondere in Zeiten von wachsendem Populismus und Extremismus, welche vermeintlich einfache Antworten bieten und Hass und Hetze in der Bevölkerung schüren. „Demokratie und Frauenrechte sind Versprechen, für die es zu kämpfen lohnt“, resümierte Geyer.

Im Anschluss beleuchtete Johanna Niendorf, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Else-Frenkel-Brunswik-Institut für Demokratieforschung der Universität Leipzig in ihrem Beitrag „Frauenrechte und Demokratie unter Beschuss: die Bedrohung durch Antifeminismus und Autoritarismus“ die alarmierenden Ergebnisse der Leipziger Autoritarismus Studie. Ihr Vortrag verdeutlichte auf beunruhigende Weise, wie antifeministische und



v. l. n. r. Petra Krause, Cora Lang, Annette v. Brauchitsch-Lavaulx,  
Kerstin Adjalian und Milanie Kreutz

Foto: privat

autoritäre Tendenzen Hand in Hand gehen und eine ernste Gefahr für die Gleichstellung und die demokratischen Grundwerte darstellen. „Antifeminismus bildet eine Brücke zwischen unterschiedlichen Menschenverachtungen. Antifeminismus betrifft nicht nur Frauenfeindlichkeit, sondern richtet sich auch gegen sexuelle Vielfalt.“ resümiert Niendorf.

Einen wichtigen Impuls zum Thema „Retten Partei-Verbote die Demokratie? Die Fallstricke der wehrhaften Demokratie“ setzte Prof. Dr. Wolfgang Merkel. Seine Ausführungen regten zur kritischen Auseinandersetzung mit den Instrumenten der wehrhaften Demokratie an und warfen wichtige Fragen nach den Grenzen und möglichen Nebenwirkungen solcher Maßnahmen auf.

Katharina Kaluza vom Deutschen Frauenrat widmete sich in ihrem Impuls den konkreten Auswirkungen von Antifeminismus und präsentierte „Demokratie Empowerment“ als eine wichtige Gegenstrategie. Sie zeigte auf, wie die Stärkung demokratischer Teilhabe und die Sensibilisierung für antifeministische Tendenzen einen wirksamen Schutzwall bilden können. „Feminismus und Demokratie dürfen nicht auseinanderdividiert werden“, mahnte sie. Ihre Worte „Don't panic, organize!“ bildeten den ermutigenden Abschluss ihres Vortrages.

Den Abschluss der Fachtagung bildete eine lebendige und konstruktive Fishbowl - Diskussion. Hier hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit, sich direkt mit den Expertinnen und Experten über die gehörten Beiträge auszutauschen, eigene Perspektiven einzubringen und gemeinsam nach Wegen zur Stärkung von Frauenrechten und der Demokratie zu suchen.

Die 19. Frauenpolitische Fachtagung hat auf eindringliche Weise gezeigt, dass der Kampf für Frauenrechte untrennbar mit der Verteidigung unserer demokratischen Werte verbunden ist. Extremismus und Populismus stellen eine reale Bedrohung für beides dar, und es ist unsere gemeinsame Aufgabe, dem entschieden entgegenzutreten. Die rege Teilnahme und die intensiven Diskussionen haben uns als Frauenvertretung darin bestärkt, uns weiterhin mit Nachdruck für Chancengleichheit und eine offene, demokratische Gesellschaft einzusetzen.

Es war ein schweres, aber ein immens wichtiges Thema, vor dem wir als Gewerkschaftsfrauen und -männer die Augen nicht verschließen dürfen. Die Impulse und Erkenntnisse aus dieser Fachtagung werden in unsere zukünftige Arbeit als Frauenvertretung für die Frauen einfließen.

**Eure Frauenvertretung**

## CESI-dbb-Konferenz

### „Europäische Gleichstellungspolitik made in Brüssel – Mehrwert für Deutschland“

Einen Tag nach der 19. Fachpolitischen Tagung der dbb-Frauen konnte die Vorsitzende der vbba-Frauenvertretung als eine von 50 geladenen internationalen Gästen in Berlin an der CESI-dbb-Konferenz am 16.05.2025 teilnehmen.

Die CESI ist ein Bündnis aus 37 nationalen Gewerkschaften. Sie vertritt insgesamt sechs Millionen europäische Beschäftigte und der dbb ist hier Mitglied.

Milanie Kreutz, die Vorsitzende der dbb Frauen eröffnete die Konferenz.

„Wer Frauenrechte angreift, greift unsere Demokratie an. Diese Gefahr kann Deutschland nicht alleine angehen. Wir brauchen Europa. Denn Europa ist nicht nur ein Teil der Lösung, sondern unser demokratischer Schutzraum.“

Darauf folgten sehr interessante Impulsreferate von Marion Böker, Mitglied im Exekutivkomitee der Europäischen Frauenlobby (EWL), zur Bestandsaufnahme der Ergebnisse europäischer Gleichstellungspolitik für Frauenrechte in Deutschland.

Über den praktischen Einfluss der europäischen Richtlinien berichtete Katja Lenzing von der Europäischen Kommission. Per Livestream zugeschaltet beleuchtete sie hier besonders die Richtlinie zu den Standards der Gleichstellungsstellen. Hier muss Deutschland noch liefern. Bei der Richtlinie zu Frauen in Führungspositionen hat Deutschland bereits positivere Ergebnisse erzielen können.

Das dritte Impulsreferat hielt Sünne Nüchter, Beisitzerin im Vorstand der dbb-Frauen. Sie wurde nach Diskussion und Mittagsimbiss zur Leiterin der CESI-Kommission für Frauenrechte und Gleichstellung der Geschlechter (FEMM) gewählt:



v. l. n. r. Sünne Nüchter (Leiterin der CESI-Kommission), Kerstin Adjalian (Vorsitzende der vbba-FV), Milanie Kreutz (Vorsitzende der dbb-Frauen)

Foto: privat



Kerstin Adjalian (Vorsitzende der vbba-FV) und Matthias Fandrewski (dbb-Bundesjugendleitung)

Foto: privat

„Als neue Vorsitzende der FEMM-Kommission setze ich mich mit voller Überzeugung dafür ein, dass Gleichstellung in allen politischen Maßnahmen der CESI verankert wird – sei es durch faire Löhne, mehr Frauen in Führung oder den Kampf gegen geschlechterspezifische Gewalt“, so Nüchter.

Genau dafür setzt sich die FEMM als Teil der CESI ein.

Die vbba-Frauenvertretung gratuliert Sünne Nüchter zu ihrer Wahl und wünscht ihr viel Erfolg in ihrer neuen Aufgabe.

Während und nach der Konferenz gab es zahlreiche Möglichkeiten, um gewerkschaftliche, z. B. mit der dbb-Jugend, und internationale Netzwerkkontakte zu knüpfen. Sprachbarrieren wurden mit Simultandolmetschenden gelöst.

Die Teilnehmenden trennten sich mit dem Versprechen, weiterhin in Verbindung zu bleiben.

## Frauen für Frauen in der vbba

Eure Vorsitzende der vbba-Frauenvertretung

**Kerstin Adjalian**

Quelle: dbb-Newsletter, Nr. 18/2025; dbb-Bundesfrauenvertretung

## Internationaler Frauentag 2025

### Alle Jahre wieder

Am 8. März findet der alljährliche Internationale Frauentag, in diesem Jahr zwischen den Tarifrunden, statt. Er bietet die Gelegenheit, über Erreichtes nachzudenken, aber auch gleichzeitig anzumahnen, was noch zu tun bleibt.

Deshalb demonstrieren weltweit Frauen und Mädchen für gleiche Rechte und ein selbstbestimmtes Leben.

Das dies weiterhin notwendig, bestätigt die jüngste Forderung des ifo-Präsidenten Clemens Fuest nach der vollständigen Streichung des Elterngeldes. Das Elterngeld ist kein nice-to-have. Es ist ein wesentlicher Bestandteil zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

**Die vbba-Frauenvertretung weist diese Forderung deshalb vehement zurück.**

Nicht zuletzt bietet der Tag auch die Gelegenheit der Begegnung unterschiedlichster Frauen, um sich miteinander zu vernetzen.

Das Motto des diesjährigen Frauentages lautet:

**Machen, was nötig ist: Gleichstellung jetzt!**

**Als Frauenvertretung der Fachgewerkschaft in der BA und den Jobcentern haben wir schon viel für die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf erreicht. Wir werden auch weiterhin für Euch da sein und für Eure Anliegen kämpfen.**

**Die vbba-Frauenvertretung schließt sich dem Motto des Frauentages an und gratuliert unseren Frauen in der vbba zu ihrem Ehrentag!**



# Strategieworkshop der Frauenvertretung in Leipzig

## „Gleichstellung, Changement und Konfliktmanagement“

Changementmanagement ist in aller Munde, sei es in der BA oder auch in den Jobcentern. Alle Kolleginnen und Kollegen sind davon betroffen, wenn gleich das SGBIII erst einmal mit den Zukunftsprojekt Interner Service und dem Zukunftsprojekt operativ begonnen hat. Selbstverständlich sind schon jetzt erste Effekte auch in den Jobcentern spürbar.

Die Gewerkschaftsmitglieder haben dazu zahlreiche Fragen. Was kommt auf uns zu? Wie gehe ich mit den beruflichen Veränderungen um? Kann ich diese mit dem familiären Kontext vereinbaren?

Dafür möchte die vbba-Frauenvertretung gerüstet sein, einerseits selbst eine Balance zwischen den dienstlichen und den ehrenamtlichen Aufgaben mit effektiven Strategien zu erarbeiten und andererseits die Frauen in der vbba zu stärken.

Deswegen traf sich die Frauenvertretung zu ihrem diesjährigen Strategieworkshop vom 12. bis 14. März in Leipzig. Die dbb-Akademie hatte nicht nur das schöne Hotel Victor's Residenz-Hotel gebucht, sondern auch die kompetente Referentin Manuela Lott engagiert.

Nach der Begrüßung und einer kurzen Vorstellungsrunde ging es dann auch gleich richtig los. Die Frauen diskutierten über Ursachen und Auswirkungen des Gender Pay Gaps. Die Bedeutung von Care-Arbeit und Mental Load konnte herausgearbeitet werden.

Anschließend schaute man gemeinsam auf die derzeit anstehenden Veränderungen in unserer Gewerkschaft.

Dazu ließ es sich Gerhard Knab, stellvertretender Vorsitzender der Bundesleitung, nicht nehmen, sich digital dazu zu schalten und den Teilnehmenden erste Überlegungen zur zukünftigen Rolle Frauenvertretung im Verein „vbba“ vorzustellen und Fragen der Teilnehmerinnen zu beantworten.

Mit diesem Input erarbeiteten die Frauen praktische Ansätze für die erfolgreiche Gestaltung von Veränderungsprozessen.

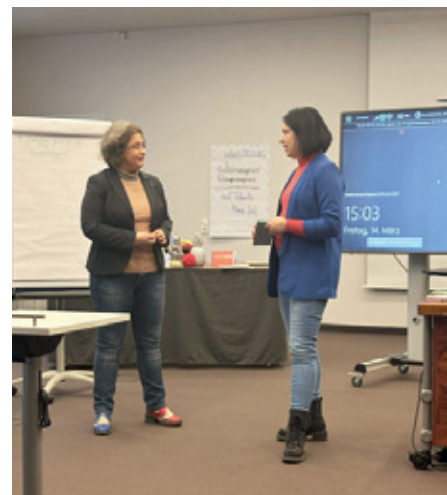
Die Frauen waren sich einig, dass die Zeiten im Beruf, im Privatbereich und in der Gewerkschaft immer komplexer werden.

Gemeinsam mit der Moderatorin wurden Strategien erarbeitet, um die Balance zwischen dienstlichen Aufgaben und ehrenamtlichen Engagement zu halten.



Vorsitzende Kerstin Adjalian (links) und Vorstandsmitglied Cora Lang

Foto: privat



Referentin Manuela Lott (links) und Cora Lang

Foto: privat

Am Abend saßen die Teilnehmerinnen gemeinsam mit der Referentin Manuela Lott in dem gemütlichen Ambiente des Hotels zusammen und tauschten sich zu aktuellen Themen, wie zum Beispiel über die zu dem Zeitpunkt anstehende Bundestagswahl aus.

Es war ein rundum gelungener Strategieworkshop.

Liebe Kolleginnen,

wir sind für Euch da. Die Frauenvertretung nimmt gern Eure Anliegen zum Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf und sucht mit Euch nach Lösungen.

Text: Kerstin Adjalian, Bundesvorsitzende der Frauenvertretung



Die Teilnehmerinnen des Workshops, v. l. n. r. Theresa Hensel, Annette v. Brauchitsch-Lavaulx, Stephanie Schmöche, Belinda Altena, Dorte Hayen

Foto: privat

# Landesseniorenvertretungen

## Tagung in Mannheim



Die Tagungsteilnehmer der vbba-Seniorenvertretung in Mannheim

Foto: Doris Braun

In der „Quadratstadt“ Mannheim trafen sich dieses Jahr vom 2. bis 4. April die Landesseniorenvertreterinnen und Landesseniorenvertreter sowie die Delegierte der Frauenvertretung zu ihrer jährlichen Fachtagung.

Neben den Absprachen über Internes wurde die Fachtagung durch den stellvertretenden HPR-Vorsitzenden und Bundesleitungsmitglied **Christian Löschner** zu Themen aus der vbba-Bundesleitung sowie Aktuellem aus der BA bereichert.

Als weiteren Gast konnte die Vorsitzende der Bundesseniorenvertretung **Doris Braun** den Abteilungsleiter der **Postbeamtenkrankenkasse (PBeaKK) Andreas Steininger** begrüßen. Die PBeaKK hat zum 1. Oktober 2024 die Bearbeitung der Beihilfeangelegenheiten für die Beamten der BA übernommen. **Herr Steininger** nutzte die Gelegenheit, die PBeaKK sowie deren internes Abrechnungsverfahren zu erläutern, das dank einer intensiven IT-Unterstützung zu kurzen Bearbeitungszeiten führt. Im Erfahrungsaustausch mit den Kollegen wurden auch die Grenzen der Bundesbeihilfeverordnung sowie die Hintergründe der Gebührenordnung für Ärzte / Zahnärzte erläutert. Seitens der Bundesseniorenvertretung werden die Ergebnisse des Erfahrungsaustausches in einem 'Senioren Aktuell' zusammengefasst und den Kollegen zur Verfügung gestellt.

Wolfgang Franz, Helga Duhme-Lübke, Andreas Steininger, Christian Löschner und Doris Braun

Foto: Christian Löschner



Nachdem die Seniorenvertretung in der Vergangenheit viel Arbeit in die Erstellung eines Seniorenhandbuchs für die gewerkschaftliche Arbeit investierte, konnte Doris Braun den Landesvertretern für diese und ihre Vertreter je einen Ordner mit den Ergebnissen aushändigen. Damit liegt erstmals eine strukturierte Zusammenfassung wichtiger Unterlagen für die tägliche Arbeit vor.

Der zweite Tag stand ganz im Zeichen des 14. Deutschen Seniorentages, der zeitgleich in Mannheim stattfand. Auf der von der BAGSO organisierten Veranstaltung gaben nach dem Motto 'Worauf es ankommt' 150 Aussteller aus ganz Deutschland mit Infoständen, Workshops, Vorträgen und Diskussionsrunden Antworten zu aktuellen Fragen rund ums Älterwerden. Die Kollegen konnten anhand des vorliegenden Programms sich gezielt zu ihren Interessen informieren und viele Ideen und Anregungen mit nach Hause nehmen. Der Vorstand der Bundessenioren **Doris Braun, Helga Duhme-Lübke und Wolfgang Franz** ließen es sich nicht nehmen, die Kollegen des dbb am Stand der dbb- Bundesseniorenvertretung zu begrüßen und sich über deren Angebote zu informieren.

Der dritte Tag der Fachtagung stand dann ganz im Zeichen der inhaltlichen Themen sowie dem Austausch der Landesseniorenvertreter untereinander.

Über wichtige Erfindungen in Mannheim sowie einer starken Frau konnten sich die Kollegen bei einer Kostümführung über Bertha Benz informieren. War sie es doch, die durch eine Fahrt mit ihren Kindern die Tauglichkeit des von ihrem Mann entworfenen und anfänglich belächelten Motorwagens, dem Vorläufer des heutigen Autos, der Öffentlichkeit vorführte und damit den Siegeszug des Automobils einläutete.



Kostümführung in Mannheim

Foto: Wolfgang Franz

Text: Wolfgang Franz

Der Vorstand der vbba-Seniorenvertretung und zwei Landesseniorenvertreter am Stand der dbb-bundesseniorenvertretung auf dem Deutschen Seniorentag

Foto: Doris Braun



# Senioren Aktuell · Nr. 1/2025

## Kurzinfos zur Beihilfe



Es haben sich Kolleginnen und Kollegen gemeldet, bei denen eingereichte Unterlagen als „nicht lesbar“ zurückgegeben wurden. Wir haben deshalb bei der Postbeamtenkrankenkasse nachgefragt und folgende Rückmeldung erhalten:

„Mit unserer App PBeaKKDirekt möchten wir unseren Kundinnen und Kunden einen weiteren Service bieten: Unterlagen schnell und digital bei uns einzureichen. Sie können Ihre Unterlagen fotografieren, vorhandene Barcodes aus Rechnungen scannen oder Ihnen stehen PDF-Dateien zur Verfügung, die Sie in die App hochladen können.“

Wenn wir Ihre Unterlagen erhalten, prüfen wir diese technisch u. a. auf Vollständigkeit, Seitenreihung und Lesbarkeit. Das Prüfprogramm erkennt bestimmte Inhalte und achtet auf Seitenangaben, gruppiert die Unterlagen als Vorgang und leitet diesen an die richtige Bearbeitungsstelle weiter. Wenn uns etwas Grundsätzliches auffällt, erhalten Sie zeitnah eine Mitteilung in der Statusübersicht der App.

Das Vorliegen eines technischen Fehlerbildes ist uns derzeit nicht bekannt. Wir sehen es jedoch als eine Verpflichtung gegenüber unseren Kundinnen und Kunden, die Qualität unserer Arbeit in einem permanenten Verbesserungsprozess zu erhöhen. Deshalb danken wir Ihnen für Ihre Rückmeldung, die uns die Gelegenheit gibt, mögliche Optimierungsquellen zu erkennen und haben diese an die zuständige Fachabteilung weitergegeben.

**Wenn Sie technische Fragen zur Nutzung unserer App PBeaKKDirekt haben, wenden Sie sich gerne unter folgender Telefonnummer (Ortstarif) an uns: 0711 9744 97100. Wir sind für Sie von Montag bis Donnerstag zwischen 7:30 und 18:00 Uhr und am Freitag von 7:30 bis 16:00 Uhr erreichbar. Sie können uns auch eine E-Mail mit Ihren technischen Fragen senden an: [app@pbeakk.de](mailto:app@pbeakk.de).**

**Alles Wissenswerte rund um die PBeaKKDirekt und die Möglichkeiten einer „antragsfreien Erstattung“ erhalten Sie zudem unter dem folgenden Link: [PBeaKKDirekt](#)**

Wenn Sie weitere Fragen zur Erstattung eingereicherter Unterlagen oder allgemeine Fragen zu Leistungen haben, wenden Sie sich bitte an unsere telefonische Kundenberatung oder an [service@pbeakk.de](mailto:service@pbeakk.de). Die Kundenberatung ist montags bis donnerstags von 07.30 bis 18.00 Uhr und freitags von 07.30 bis 16.00 Uhr unter der Telefonnummer 0711 346 529 96 erreichbar.“

## Seniorenseminar 2025



Wir werden **in Fulda vom 7.-9.07.2025** unser diesjähriges **Seniorenseminar** durchführen.

Inhalte werden u.a. Themen zu Gefahren im Bereich der digitalen Kommunikation/Chatbots und zur KI, zur Pflege und zu Möglichkeiten der sportlichen Betätigung von Seniorinnen und Senioren sein.



Bei Interesse, bitte per Mail über die Bundesgeschäftsstelle ([info@vbba.de](mailto:info@vbba.de)) anmelden!

## Weitere interessante Informationen



Zu Jahresanfang treten üblicherweise zahlreiche Rechtsänderungen in Kraft. Hier eine Übersicht zu neuen Regelungen:

<https://www.biallo.de/verbraucherschutz/news/aenderungen-neue-gesetze-januar/>



Eine neue Regelung betrifft die Einführung der **elektronischen Patientenakte**. Auch wenn diese sich erst in der Testphase befindet, kommt sie im Laufe des Jahres flächendeckend.

Was es damit auf sich hat und wie es um Nutzung /Freischaltung / Datenschutz etc. steht, können Sie der Info der DRV entnehmen:

<https://www.ihre-vorsorge.de/gesundheit/nachrichten/antworten-auf-die-8-wichtigsten-fragen-zur-elektronischen-patientenakte>



Das Gedränge in den Einkaufspassagen lockt immer wieder Taschendiebe an. Wie Sie sich am besten schützen können, entnehmen Sie der nachstehenden Info von Biallo:

<https://www.biallo.de/verbraucherschutz/ratgeber/schutz-vor-taschendiebstahl/>



Ein neuer Artikel von Biallo ist im Dezember erschienen über **Demenz: Zuschüsse ausschöpfen - Entlastung organisieren**

[https://www.biallo.de/\\_Resources/Persistent/8/8/f/7/88f70176986e80f1a6ffa880e914e99225f17bf6/2024\\_50-demenz-absichern.pdf](https://www.biallo.de/_Resources/Persistent/8/8/f/7/88f70176986e80f1a6ffa880e914e99225f17bf6/2024_50-demenz-absichern.pdf)



## Statements zur Beihilfe durch die PBeaKK

- ▶ Bei Problemen oder Rückfragen zu Abrechnungen „besser“ anrufen – ein Rückrufservice ist eingerichtet und über die Web-Seite abrufbar.
- ▶ Akzeptanz vom Faktor über das 2,3-fache erscheint kleinteiliger als bei der bisherigen Beihilfeabrechnung durch die BA. Oft fehlt die nach den Beihilfavorschriften notwendige Begründung für erhöhten Faktor, daher kommt es zu Teillablehnungen unter Anwendung der GOÄ/GOZ.  
  
Begründungshilfe für die Rechnungsstellung ist auf der Homepage der PBeaKK hinterlegt.  
  
**<https://www.beihilfedienste.de/service-center/faq/faq/erstattung/wieso-ist-der-rechnungsbetrag-manchmal-hoehher-als-die-auszahlung>**
- ▶ Keine Abschlagszahlungen aufgrund schneller Bearbeitung, Bearbeitung erfolgt nach Eingang. Hohe Rechnungen werden ggf. vorgezogen. Oder direkt bei einem Anruf darauf hinweisen.
- ▶ Bei Nachreichungen erfolgt kein Widerspruchsbescheid, sondern ein neuer Leistungsbescheid mit Rechtsbehelf – daraus erfolgt (ggf. erneut) die Möglichkeit Widerspruch einzureichen.
- ▶ Nachreichungen sollten zur besseren Zuordnung zum Ursprungsantrag mit der Bearbeitungsnummer auf den Dokumenten gekennzeichnet werden, dies ist auch handschriftlich möglich.
- ▶ Nachreichungen können über „sonstige Einreichungen“ innerhalb der App erfolgen.
- ▶ Widerspruch in App rechtlich nicht möglich, auch nicht mit Einreichung per pdf-Dokument. Allerdings kann eine Übersendung des Widerspruchs als pdf-Dokument per E-Mail erfolgen, dies ist aber u. a. aus Datenschutz- und Lesbarkeitsgründen kritisch.
- ▶ Direktabrechnungen mit Krankenhaus und/oder Apotheke sind dort möglich, wo entsprechende Vereinbarungen vorliegen, dies ist gerade bei erwarteten hohen Kosten sinnvoll und hilfreich.
- ▶ Stationäre Reha – geht nur über Antragstellung im Vorfeld (auch Senioren)
- ▶ Anschluss-Reha nach OP ist nicht gesondert zu begründen.
- ▶ Befreiung von Zuzahlungen nach Erreichung der Belastungsgrenze auf Antrag möglich.
- ▶ Ausnahmeliste bei nicht verschreibungspflichtigen Medikamenten – hier ist eine Begründung durch den Arzt erforderlich.
- ▶ Eine Einreichungsmöglichkeit per E-Mail wird es bei der PBeaKK aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht geben. Eine solche Einreichung birgt ein zu hohes Risiko, dass die Gesundheitsdaten in falsche Hände geraten könnten. Daher wird die Einreichung per App angeboten, die über einen sicheren Kanal erfolgt. Ansonsten verbleibt die Einreichung per Post.
- ▶ Der Papierweg für Antragstellungen bleibt offen. Bei mehr als neun Belegen kann die Liste handschriftlich ergänzt werden, um Anträge auf 2 Seiten zu halten.

## Hauptversammlung der dbb-seniorenvertretung

Auf der Hauptversammlung der dbb-seniorenvertretung in Berlin vom 17. bis 18. März (die vbba-Seniorenvertretung ist Mitglied dieses Gremiums) wurde die Forderung für mehr Steuergerechtigkeit aufgestellt.

Die Forderung beinhaltet:

### I. Deutliche Erhöhung des Grundfreibetrages

Aufgrund der erheblich gestiegenen Lebenshaltungskosten insbesondere in den Bereichen Wohnen, Energie und Lebensmittel ist die Anhebung des Grundfreibetrages geboten.

### II. Angemessene steuerliche Berücksichtigung des Ehrenamtes in Pension und Rente

Die Ausübung des Ehrenamtes nach Eintritt in den Ruhestand bzw. in die Rente muss angemessen einkommensteuerrechtlich berücksichtigt werden, dazu gehört die Anhebung des Ehrenamtsfreibetrages, die Absetzbarkeit von Ausgaben, die durch die Ausübung des Ehrenamtes entstehen sowie volle Absetzbarkeit von Gewerkschaftsbeiträgen, insbesondere für Rentner.

### III. Vereinfachung des Steuerrechts

Das deutsche Steuerrecht, insbesondere das Einkommensteuerrecht, ist noch immer zu kompliziert und unübersichtlich. Dies führt zu Steuerungerechtigkeiten. Der Grundgedanke des deutschen Steuersystems – die Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit – ist weiterhin nicht im notwendigen Maße gewährleistet. Die Umsetzung erster Maßnahmen zur Steuervereinfachung wäre ein erster Schritt zu mehr Steuergerechtigkeit.

Für Steuerpflichtige, die ausschließlich Alterseinkünfte wie Rente oder Pension beziehen, wäre eine vereinfachte Steuererklärung eine große Erleichterung. Letztlich würde dies auch zu Entlastungen in der Steuerverwaltung führen.

### IV. Volle Absetzbarkeit haushaltsnaher Dienstleistungen

Haushaltsnahe Dienstleistungen sollten in voller Höhe abzugsfähig sein. Bisher werden bis zu 20.000 € pro Jahr an haushaltsnahen Dienstleistungen anerkannt. Bei einer steuermindernden Quote von 20% ergeben sich max. 4.000 € Steuerersparnis. Seniorinnen und Senioren sind jedoch oft auf haushaltsnahe Dienstleistungen wie Haushalts-, Einkaufshilfen und Hilfe bei der Gartenarbeit oder Essenslieferung angewiesen. Um selbstbestimmtes Altern im eigenen Wohnumfeld zu ermöglichen, wäre die steuerliche Absetzbarkeit in voller Höhe angezeigt. Weitere Informationen zur steuerlichen Absetzbarkeit hier:

**<https://www.buhl.de/steuer/ratgeber/haushaltsnahe-dienstleistungen/>**



## Weitere interessante Informationen



### Impfratgeber:

Eine Übersicht über sämtliche Impfeempfehlungen bietet der Impfkalendar der der STIKO - hier werden auch die bestmöglichen Zeitfenster für den Aufbau des jeweiligen Impfschutzes angegeben:

<https://www.rki.de/DE/Themen/Infektionskrankheiten/Impfen/Staendige-Impfkommision/Empfehlungen-der-STIKO/Empfehlungen/Impfkalender.html>



Im „Ratgeber Impfen“ informiert das Bundesministerium für Gesundheit über den Nutzen und die Risiken von Impfungen und bietet Hilfestellungen bei der Impfentscheidung:

<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/service/publikationen/details/ratgeber-impfen.html>



Die Kosten für alle von der STIKO empfohlenen Impfungen übernehmen die Krankenkassen. Bei Impfungen die nicht ausdrücklich empfohlen sind, können die Krankenkassen selbst entscheiden, ob sie die Kosten übernehmen.

### Social Media nach dem Tod:

Ein Angehöriger ist verstorben. Wie geht man mit dessen verschiedenen Accounts auf Instagram, Facebook und Co. um?

#### Fünf Dinge, auf die es hierbei ankommt:

1. Zu Lebzeiten Zugangsdaten zu Instagram, Facebook und Co. notieren.
2. Übersicht mit allen Zugangsdaten an sicherem Ort hinterlegen.
3. Vertraute Person als digitalen Nachlassverwalter bestimmen.
4. Mit Vollmacht und unter Vorlage des Erbscheins Löschung verlangen.
5. Wenn keine Zugangsdaten zu den Profilen der verstorbenen Person vorliegen:

Haben Hinterbliebene keinen Zugriff auf dessen Konten. Sie können die Betreiber der Internetseiten aber informieren und beantragen, das Profil zu löschen oder in einen „Gedenkzustand“ zu versetzen. Die Profilinehalte bleiben dann erhalten und Freunde oder Familienmitglieder können in der Chronik Erinnerungen teilen.

# vbba Seniorenvertretung




Gewerkschaft Arbeit und Soziales



EIN LEBEN LANG ...

Immer ein  
**GEWINN**

★★★★



Seniorenvertretung

## DBB-Jahrestagung 2025

### „Deutschland im Wahljahr – Fragen und Erwartungen“

Vom 5. bis 7. Januar 2025 fand in Köln die 66. Jahrestagung des dbb beamtenbund und tarifunion unter dem Motto „Deutschland im Wahljahr – Fragen und Erwartungen“ statt. Unsere Vertreterinnen Melissa Luck und Mareen Timm nahmen für die vbba an dieser bedeutenden Veranstaltung teil.

#### Schwerpunkte der Tagung

Die Tagung bot eine Plattform für den Austausch über aktuelle Herausforderungen und die Erwartungen des dbb an die Politik im bevorstehenden Wahljahr. Zentrale Themen waren unter anderem:

- **Zukunft der Arbeit:** Zukunftsforscher Sven Gábor Jánoszy präsentierte in seinem Vortrag „2035 – so arbeiten wir in der Zukunft“ mögliche Entwicklungen der Arbeitswelt.
- **Haushaltspolitik:** Es wurden Diskussionen über eine nachhaltige Haushaltspolitik geführt, die Investitionen in Infrastruktur und öffentliche Sicherheit priorisiert.
- **Starke Demokratie:** Die Bedeutung eines wehrhaften Staates und die Gefährdung der Demokratie durch Populismus wurden thematisiert.

#### Unsere Beteiligung

Melissa Luck und Mareen Timm nutzten die Gelegenheit, um sich mit Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Bereichen des öffentlichen Dienstes auszutauschen und die Interessen der vbba zu vertreten. Sie beteiligten sich aktiv an Diskussionen und brachten die Perspektiven unserer Mitglieder in die Gespräche ein.

#### Ausblick

Die gewonnenen Erkenntnisse und Kontakte werden für unsere zukünftige Gewerkschaftsarbeit von großem Wert sein. Wir danken Melissa und Mareen für ihr Engagement und freuen uns darauf, die Impulse der Tagung in unsere Arbeit einfließen zu lassen



Mareen Timm, Melissa Luck

Foto: vbba

## JAV-Seminare der vbba Jugend

### Deine Chance, richtig durchzustarten!

Du bist Mitglied einer Jugend- und Auszubildendenvertretung und hast noch keine JAV-Schulung besucht? Dann wird es höchste Zeit! Unsere JAV-Seminare sind speziell darauf ausgelegt, dich fit zu machen für deine Rolle als Jugend- und Auszubildendenvertretung. Hier lernst du alles, was du brauchst, um die Interessen junger Arbeitnehmer\*innen wirkungsvoll zu vertreten.



vbba Jugend – JAV Seminar in Nürnberg

Foto: vbba

#### Warum sind die JAV-Seminare so wichtig?

Als JAV-Mitglied hast du eine große Verantwortung: Du bist die Stimme deiner Kolleg\*innen und kämpfst für bessere Arbeitsbedingungen, faire Ausbildungsqualität und Mitbestimmung. In unseren Seminaren vermitteln wir dir praxisnahes Wissen über Rechte, Pflichten und Handlungsmöglichkeiten – damit du selbstbewusst und gut vorbereitet in den Arbeitsalltag starten kannst.

#### Für wen sind die Seminare geeignet?

Ob du frisch gewählt wurdest oder schon Erfahrung gesammelt hast – unsere Schulungen sind für alle JAV-Mitglieder offen. Besonders wichtig ist die Grundlagenschulung für alle, die bisher noch keine offizielle JAV-Ausbildung hatten.

#### Melde dich jetzt an!

Nutze die Chance, dich weiterzubilden und deine Arbeit in der JAV zu stärken. Die Plätze für die Seminare sind begrenzt, also zögere nicht! Melde dich direkt an und sichere dir deinen Platz.

Hier findest du alle Termine und kannst dich anmelden: ►



## Aktuelles aus der HJAV

### HJAV-Auswärtssitzung in Dresden

Vom 8. bis 9. Mai hat die Außensitzung der HJAV im schönen Dresden stattgefunden. Zur Eröffnung der Sitzung gab es einen interessanten Austausch mit der Vorsitzenden der Geschäftsführung Frau Hildebrand. Themen waren dabei die aktuelle Arbeitsmarktsituation in Dresden und natürlich unsere Nachwuchskräfte (aktuelle Lehrjahre, Einstellungsquote).

Hauptthema der Sitzung im Mai war der Austausch mit der örtlichen JAV aus Dresden. Dabei wurden aktuelle Themen besprochen und Unterstützung seitens der HJAV angeboten. Die JAV aus Dresden wurde frisch im November letzten Jahres gewählt. Wir als vbba Fraktion der HJAV wünschen weiterhin viel Erfolg in der aktuellen Amtsperiode!

Nach der Sitzung gab es eine kleine Rundführung durch die Altstadt Dresdens. Wir konnten dabei viele tolle Einblicke und Geschichten der Stadt erfahren. Ein Dank gilt dabei Matteo Lehmann für die Organisation und dem Reiseführer für die Zeit!

# „Stelldichein“ in Nürnberg

## Schulung zum Bundespersonalvertretungsgesetz Teil 1

Im März fand wieder eine Grundlagenschulung zum Personalvertretungsrecht statt. Die Veranstaltung richtete sich an neu gewählte sowie erfahrene Personalräte, die ihr Wissen auffrischen und vertiefen wollten. 14 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus acht Arbeitsagenturen und zwei Regionaldirektionen nahmen das Angebot der vbba wahr und kamen im bfw-Hotel Nürnberg zusammen.

### Praxisnahe Schulung für eine starke Interessenvertretung

Die Teilnehmenden erhielten eine umfassende Einführung in die rechtlichen Grundlagen des Bundespersonalvertretungsgesetzes (BPersVG). Sandra Simson (AA Helmstedt) und Thorsten von Schlichtkrull-Guse (AA Köln) als Referenten mit jahrelanger Erfahrung in der Personalratsarbeit vermittelten praxisnah die wesentlichen Grundlagen zum Aufbau bzw. Wahl von Personalräten, die Rechte und Pflichten, die Beteiligungsverfahren sowie aktuelle Entwicklungen im Personalvertretungsrecht.

### Mitbestimmung als zentrale Aufgabe des Personalrats

Ein Schwerpunkt der Schulung war das Mitbestimmungsrecht, das eine entscheidende Rolle im Verhältnis zwischen Dienststelle und Personalrat spielt. Dabei wurden insbesondere folgende Bereiche behandelt: Personalangelegenheiten (z.B. Einstellungen, Eingruppierungen, Versetzungen

und Kündigungen), soziale Fragen (z.B. Gestaltung von Sozialräumen) sowie organisatorische Regelungen (z.B. bezüglich Arbeitszeit). Neben der theoretischen Wissensvermittlung bot die Schulung Raum für den Erfahrungsaustausch und die Diskussion. Die Teilnehmenden nutzten die Gelegenheit, individuelle Fragen zu stellen und sich über bewährte Strategien in der Personalratsarbeit auszutauschen.

### Positives Feedback und gestärktes Netzwerk

Das Feedback der Teilnehmenden war durchweg positiv. Gelobt wurden die verständliche Aufbereitung der Inhalte und die praxisnahe Ausrichtung der Schulung. „Das Seminar hat mir nicht nur fachlich weitergeholfen, sondern auch gezeigt, wie wichtig der Austausch mit anderen Personalräten ist“, so eine Teilnehmerin. Zur positiven Stimmung hat auch das bfw-Hotel Nürnberg beigetragen. Die Räumlichkeiten, der Service und die Verpflegung kamen bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern sehr gut an.

Mit gestärktem Wissen und neuen Impulsen kehrten die Teilnehmenden an ihre Dienststellen zurück – bereit, die Mitbestimmungsrechte im Sinne der Beschäftigten aktiv wahrzunehmen.

*Text: Jan Crepon, AA Siegen*

Die Seminarteilnehmenden mit ihren Dozenten

Foto: Sandra Simson



# Seminarwesen

## Seminare – Termin-Übersicht 2025

Zeitraum	Kennziffer	Bezeichnung	Ort	Preis je TN
07.-09.07.25	2025 B123 CS	Interessantes für Senioren (dbb akademie)	Fulda	160,00
14.-18.07.25	25 P 16 N	Grundlagenseminar BPersVG für PR Teil 1	Nürnberg	1.250,00
11.-15.08.25	25 P 22 N	Grundlagenseminar BPersVG für PR Teil 2	Nürnberg	1.250,00
08.-12.09.25	25 P 23 N	Grundlagenseminar BPersVG für PR Teil 2	Nürnberg	1.250,00
15.-17.09.25	25 FS 2 N	Fachseminar 2 (Arbeiten im Vorstand)	Nürnberg	750,00
22.-26.09.25	25 AS 1 R	Seminar Arbeitsschutz und -sicherheit	Rostock	1.250,00
06.-10.10.25	25 P 24 N	Grundlagenseminar BPersVG für PR Teil 2	Nürnberg	1.250,00
20.-24.10.25	25 JAV 21 R	Grundlagenseminar BPersVG für JAV Teil 2	Regensburg	1.250,00
20.-22.10.25	25 TV 1 N	Grundlagen TV-BA	Nürnberg	750,00
22.-24.10.25	25 BR 1 N	Grundlagen Beamtenrecht	Nürnberg	750,00
17.-21.11.25	25 P 17 N	Grundlagenseminar BPersVG für PR Teil 1	Nürnberg	1.250,00
10.-14.11.25	25 JAV 22 N	Grundlagenseminar BPersVG für JAV Teil 2	Nürnberg	1.250,00

### Anmeldungen an:

vbba-Bundesgeschäftsstelle,  
Rothenburger Str. 116, 90439 Nürnberg

oder **per Fax** 0911 - 4800663

oder **per E-Mail** an [info@vbba.de](mailto:info@vbba.de)

Nähere Informationen  
und Hinweise finden Sie auf unserer  
Homepage [www.vbba.de](http://www.vbba.de)!



Das Seminarangebot  
der vbba finden Sie hier

Über die  
Erforderlichkeit und  
Notwendigkeit von  
Schulungen für  
Personalräte informiert  
das BMI-RdSchreiben  
vom 06.05.2022,  
**hier zu finden**



Wissenswertes über die vbba auch unter [www.vbba.de](http://www.vbba.de)



**Gewerkschaft Arbeit und Soziales**

## Deine Vorteile als Mitglied in der vbba:

- **Rechtsberatung und Rechtsschutz**
- **Bei Arbeitskampfmaßnahmen Unterstützung im Rahmen der Arbeitskampfordnung der vbba** (z. B. Streikgeld)
- **Seminare**
- **Informationen, bspw. über das vbba Magazin, vbba aktuell oder die vbba App**
- **Freizeit-Unfallversicherung**
- **Auslandskrankenversicherung**
- **Exklusive Sonderkonditionen und attraktive Preisvorteile**

## Ist dein Interesse geweckt?

Besuche gerne unsere Website oder folge uns in den sozialen Netzwerken.



Ein persönlicher Ansprechpartner in deiner Landesgruppe steht dir ebenfalls zur Verfügung!

**Wir freuen uns auf dich!**

**[www.vbba.de](http://www.vbba.de)**

### ABO-ABBESTELLUNG

- > **Sie möchten der Umwelt einen Gefallen tun und Papier sparen?**
- > **Sie möchten früher informiert sein?**
- > **Sie lesen unser Magazin sowieso bereits digital?**



Dann bestellen Sie das Magazin in Papierform ganz einfach ab: Nutzen Sie dafür unsere Änderungsmitteilung unter [www.vbba.de](http://www.vbba.de).



Foto: pixabay.com

# Gut beraten

Ein solides Fundament für die persönliche Sicherheit und finanzielle Zukunft zu schaffen, gehört zu den wichtigsten Aufgaben im (Berufs-)Leben.

Das dbb vorsorgewerk bietet hierfür ein breites Spektrum an maßgeschneiderten Angeboten. Diese wurden gezielt zusammengestellt, um die spezifischen Anforderungen von Beamten und Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst zu erfüllen. Die für dbb Mitglieder und ihre Angehörigen speziell ausgehandelten Angebote mit attraktiven Mitgliedsvorteilen reichen von der Gesundheitsvorsorge über die Absicherung beruflicher Risiken bis hin zur finanziellen Vorsorge – mit dem Ziel, ein rundum gesichertes Leben zu ermöglichen. Da der Grundstock für eine optimale Absicherung am Anfang der Berufslaufbahn gelegt wird, sollte man das Kümern nicht auf die sprichwörtlich lange Bank schieben.

## Versicherungen und Vorsorge

Ein zentraler Aspekt der Absicherung von Beamtinnen und Beamten im öffentlichen Dienst ist die beihilfekonforme private Krankenversicherung. Da die Beihilfe durch den Dienstherrn in der Regel nur einen Teil der Krankheitskosten abdeckt, ist eine ergänzende private Krankenversicherung unverzichtbar. Sie schließt die finanzielle Versorgungslücke und ermöglicht eine umfassende medizinische Betreuung. Als Mitgliedsvorteil werden 3 Prozent Beitragsnachlass berücksichtigt.

Ein weiteres wichtiges Thema, bei dem das dbb vorsorgewerk und sein Kooperationspartner rund um Vorsorge und Absicherung, die DBV Deutsche Beamtenversicherung unterstützen, ist die Absicherung bei Dienstunfähigkeit. Gerade in den ersten Berufsjahren kann der Wegfall der Arbeitskraft zu gravierenden finanziellen Einbußen führen, da die erreichte Versorgung noch unzureichend ist. Eine Dienstunfähigkeitsversicherung mit expliziter Dienstunfähigkeitsklausel schafft hier Sicherheit und gleicht den Einkommensverlust durch eine regelmäßige Rentenzahlung aus. Hier beträgt der Mitgliedsvorteil bis zu 5,5 Prozent Beitragsnachlass.

Zur ganzheitlichen Absicherung gehören ebenfalls Policen gegen Alltagsrisiken. Eine Unfallversicherung sichert im Falle einer Invalidität finanziell ab, während Rechtsschutzversicherungen Hilfe bei juristischen Konflikten bieten. Elementarschaden- Bausteine schützen im Rahmen



dbb  
vorsorgewerk

der Hausrat- beziehungsweise Wohngebäudeversicherung Eigentum zudem vor wachsenden Gefahren durch Naturereignisse wie Starkregen, Überschwemmungen oder Sturm. Über das dbb vorsorgewerk erhält man als Mitgliedsvorteil 15,5 Prozent Beitragsnachlass.

## Kredite und Finanzen

Trotz eines regelmäßigen Einkommens können unvorhersehbare Ausgaben zu vorübergehenden finanziellen Belastungen führen – sei es durch familiäre Veränderungen, notwendige Anschaffungen oder unplanbare Notlagen. In solchen Situationen sind faire und transparente Finanzlösungen gefragt. Die ausgewählten Kreditangebote beim dbb vorsorgewerk bieten flexible und zugleich günstige Kreditkonditionen.

Ein gut zu planender Bereich ist der Weg zur langfristigen Finanzierung von Eigenheim, Eigentumswohnung oder Modernisierungsmaßnahme. Gerade hier kommt es auf den individuellen Zuschnitt des Finanzierungsmodells an. Wichtig sind eine solide Eigenkapitalquote, realistische Tilgungsraten sowie langfristig planbare Zinsen. Bei der BBBank, Kooperationspartner des dbb vorsorgewerk rund ums Banking, steht dafür bei dbb Mitgliedern und ihren Angehörigen das sehr attraktive Angebot „Der beste BBBank-Zins“ hoch im Kurs.

## Fazit

Die Angebote des dbb vorsorgewerk verbinden Verlässlichkeit, Transparenz und passgenaue Leistungen für den öffentlichen Dienst. Sie tragen dazu bei, gesundheitliche, berufliche und finanzielle Risiken abzufedern – in jeder Lebensphase. Wer auf eine langfristige Absicherung und stabile Zukunftsperspektiven setzt, findet ein durchdachtes Vorsorgekonzept aus einer Hand und profitiert von der hohen Beratungskompetenz.



## TIPP: Bitte notieren

An Angeboten mit Mitgliedsvorteilen interessiert? Die Mitgliederagentur des dbb vorsorgewerk ist telefonisch montags bis freitags von 10 Uhr bis 16 Uhr unter 030.4081 6444 oder jederzeit über die Webseite [dbb-vorteilswelt.de](http://dbb-vorteilswelt.de) erreichbar. Auf Wunsch werden Berater vor Ort vermittelt.

# Beitrittserklärung

Bitte das ausgefüllte Formular bei Ihrer regionalen vbba-Gruppe abgeben oder an folgende Adresse senden: vbba, Rothenburger Str. 116, 90439 Nürnberg

Ich erkläre hiermit ab 

01.		20
-----	--	----

 meinen Beitritt in die Fachgewerkschaft vbba – Gewerkschaft Arbeit und Soziales im dbb beamtenbund und tarifunion.

Herr  Frau  Divers Name \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_ geboren am \_\_\_\_\_

Straße, Hausnummer: \_\_\_\_\_

PLZ, Wohnort: \_\_\_\_\_

Telefonnummer / Handynummer: \_\_\_\_\_

E-Mail-Adresse: \_\_\_\_\_

Bundesland: \_\_\_\_\_

Jetzige oder letzte Dienststelle: \_\_\_\_\_

Mitglied in einer anderen Gewerkschaft  nein  ja, welcher \_\_\_\_\_

Beamter/in  Arbeitnehmer/in (auch ISB) in TE /EG \_\_\_\_\_ TV-Ba /TVöD

Teilzeit <25 Std./Woche  Ruhestandsbeamter/in  Rentner/in  Hinterbliebene/r

Nachwuchskraft ab \_\_\_\_\_ als  Auszubildende/r  Student/in

Ich möchte das **vbba-Magazin**  digital  in Papierform

## Datenschutzhinweise

Ich erkläre meine Einwilligung gemäß § 4 a Abs. 1 und 3 BDSG, dass meine mein Beschäftigungs- und Mitgliedschaftsverhältnis betreffenden Daten, deren Änderungen und Ergänzungen, im Rahmen der Zweckbestimmung meiner Gewerkschaftsmitgliedschaft und der Wahrnehmung gewerkschaftspolitischer Aufgaben elektronisch verarbeitet und genutzt werden. Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes in der jeweils gültigen Fassung.

Mit meiner Unterschrift nehme ich die Datenschutzhinweise zur Kenntnis und akzeptiere diese.

**WICHTIG: Bitte legen Sie der Beitrittserklärung stets die Einzugsermächtigung bei.**

Ort, Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

Wie wurden Sie auf uns aufmerksam?

Empfehlung von \_\_\_\_\_  Sonstiges \_\_\_\_\_

vbba  
Gewerkschaft Arbeit und Soziales  
Rothenburger Str. 116  
90439 Nürnberg

**BUNDESLEITUNG**

Bundesgeschäftsstelle  
Rothenburger Str. 116, 90439 Nürnberg

Telefon: 0911 4800 - 662  
Telefax: 0911 4800 - 663  
E-Mail: info@vbba.de

**Einzugsermächtigung**

Um per SEPA-Verfahren Lastschriften einziehen zu können, ist es notwendig, dass folgendes Mandat von Ihnen ausgefüllt, unterschrieben und zurückgesendet wird.

Ich ermächtige die vbba - Gewerkschaft Arbeit und Soziales (Gläubiger-Identifikationsnummer: DE45ZZZ00001212144), Beitragszahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der vbba - Gewerkschaft Arbeit und Soziales von meinem Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

<b>Monatsbeitrag:</b>				
<b>Arbeitnehmer/in:</b>	TE VIII-TE V / EG 5-EG 9a:	<b>10,50 €</b>	<b>Beamter/in / Rentner/in:</b>	<b>9 €</b>
	TE IV-TE III / EG 9b-EG 12:	<b>13 €</b>	<b>Nachwuchskraft/</b>	
	ab TE II / ab EG 13:	<b>15 €</b>	<b>Hinterbliebene/r:</b>	<b>3 €</b>
<b>erm. Beitrag:</b>	bei Nachweis (TZ <25 Stunden/Woche, Elternzeit, Bezug von ALG I/ALG II):			<b>6 €</b>

Zahlung  Vierteljährlich  Halbjährlich  Jährlich ab 01. . 20

Vorname, Name (Kontoinhaber) \_\_\_\_\_

Straße, Hausnummer \_\_\_\_\_

Postleitzahl, Ort \_\_\_\_\_

IBAN \_\_\_\_\_ BIC \_\_\_\_\_

Datum, Ort \_\_\_\_\_

Unterschrift

**Formular senden**

**Bitte unterschreiben Sie das Formular händisch oder digital.**





## Ihre Ansprechpartner/innen in der vbba:

### Baden-Württemberg

Christian Löschner  
Kernerstr. 2  
78652 Deißlingen  
Tel.: 07420 4059805  
Fax: 07420 4059807  
www.vbba-bw.de  
info@vbba-bw.de

### Bayern

Claudia Morawietz  
Agentur für Arbeit Nürnberg  
Richard-Wagner-Platz 5  
90443 Nürnberg  
www.vbba-bayern.de  
info@vbba-bayern.de

### Berlin-Brandenburg

c/o Janina Hildebrandt  
Postfach 652130  
13316 Berlin  
www.vbba-bb.de  
landesgruppe@vbba-bb.de

### Hessen

Cosima Eberius  
cosima.eberius@jobcenter-ge.de  
Landesgeschäftsstelle  
Axel Lehmann  
Fischteich 13  
35043 Marburg  
Tel.: 06421 972223  
www.vbba-hessen.de  
hessen@vbba.de

### NSB

Silke Babiell  
Erfurter Str. 7  
38350 Helmstedt  
Tel.: 05351 42341  
nsb@vbba.de

### Nordrhein-Westfalen

Simone Thölke  
Landesgeschäftsstelle  
Am Kalkofen 2  
51515 Kürten  
www.vbba-nrw.de  
info@vbba-nrw.de

### Nord

Agnes Ranke  
Birkenweg 23  
24107 Kiel  
Tel.: 0151 58800039  
www.vbba-nord.de  
ranke-vbba-nord@web.de  
nord@vbba.de

### RPS

Roland Weimer  
Gerichtsstraße 7  
56414 Wallmerod  
0173 8364771  
kontakt@vbbarps.de

### Sachsen

Landesgeschäftsstelle  
Sven Gewand  
Parkstraße 2  
08132 Mülsen  
Tel.: 037601-20951  
sven.gewand@vbba-sachsen.de

### Sachsen-Anhalt- Thüringen

Kristin Arnold  
Dittrichshütter Hauptstraße 5  
07318 Saalfeld  
Tel.: 0173 6845187  
www.vbba-sat.de  
vorstand@vbba-sat.de

### Zentrale-Services

Heiko Lemke  
IT-Systemhaus  
Regensburger Straße 104  
90478 Nürnberg  
Homepage  
zs@vbba.de

Scheuen Sie sich nicht, uns zu kontaktieren. Wir freuen uns immer über Interesse und Nachfragen, neue Mitglieder oder konstruktives Feedback zu unserer geleisteten Arbeit. Gern auch Anregungen zu diesem Magazin.

Die neue Ausgabe erscheint im

# September 2025

**Beiträge erbitten wir bis zum Redaktionsschluss am 13.08.2025  
an die Mailadresse [redaktion@vbba.de](mailto:redaktion@vbba.de)**

### Hinweise zum Einsenden von Artikeln für das vbba Magazin:

Artikel bitte in Word, Bilder als .jpg-Datei, Bilder bitte mit dazugehöriger Bildunterschrift und unter Nennung des Inhabenden der Bildrechte.



## IMPRESSUM:

**vbba Magazin** – Gewerkschaft Arbeit und Soziales

**Herausgeber und Anzeigenwerbung:** vbba – Gewerkschaft Arbeit und Soziales

**vbba-Bundesgeschäftsstelle:** Rothenburger Str. 116, 90439 Nürnberg,  
Tel. 09 11 / 48 00 662, Fax 09 11 / 48 00 663, E-Mail: [info@vbba.de](mailto:info@vbba.de), Internet: [www.vbba.de](http://www.vbba.de)

**V.i.S.d.P.:** Christian Löschner (Bundesvorsitzender), Redakteurin: Anja Fischer

Nachdruck von Beiträgen nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers. Für die Richtigkeit der mit einer Quellenangabe (ohne vbba und dbb) oder mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge wird weder eine Gewähr übernommen noch entsprechen sie in jedem Fall der Meinung der vbba. Das vbba Magazin erscheint vierteljährlich. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

**Druck und Layout:** sprenger druck, Korbach

**vbba**  
Gewerkschaft Arbeit und Soziales

vbba - Bundesgeschäftsstelle - Rothenburger Str. 116 - 90439 Nürnberg

**vbba**  
Gewerkschaft Arbeit und Soziales

[Jetzt Mitglied werden](#)

DAS SIND WIR   LANDESGRUPPEN   MITGLIEDSCHAFT   SERVICE   SCHULUNGEN & SEMINARE   TARIF & BESOLDUNG

TV-BA  
Tarifeinigung mit der BA steht fest  
02. Juni 2025  
Am 30. Mai endete die Erklärungsfrist zum TV-BA – damit steht die Tarifeinigung fest....

**Tag der Frauengesundheit**  
28. Mai 2025  
Am 28. Mai feiern wir den Tag der Frauengesundheit – ein wichtiger Anlass, um die spezifischen Gesundheitsbedürfnisse...  
[MEHR](#)

**13. Deutschen Diversity-Tag Psychische Gesundheit**  
25. Mai 2025  
Anlässlich des 13. Deutschen Diversity-Tag am 27. Mai 2025 legen wir den Fokus auf das Thema Psychische Gesundheit....  
[MEHR](#)

**Kontakt zur vbba**

**vbba**  
Gewerkschaft Arbeit und Soziales  
BUNDESGESCHÄFTSSTELLE  
Rothenburger Str. 116 • 90439 Nürnberg  
Tel.: +49 911 4800662  
Fax: +49 911 4800663  
E-Mail: [info@vbba.de](mailto:info@vbba.de)

**Einkommensrunde 2025**

Werde Teil einer starken Gemeinschaft - werde Mitglied der vbba  
[JETZT MITGLIED WERDEN](#)

[SONDERSEITE VBBA](#)   [SONDERSEITE DBS](#)